

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: vierteljährlich 2.50 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 23 Pf. Frei im Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle über deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengelände und Schloß-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer werden bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 9. August 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1981.

Beobachtungen und Erwartungen.

Petersburg, den 20. Juli (2. August).

Am 5. oder 6. Juli (a. St.) erhielt der Zar einen Rapport von seinem Kriegsminister, der ihn sofort überzeugte, daß die russische Armee „ihren Zaren“ stets treu war und stets treu bleiben wird. Am 8. Juli nachts wurden die mit der Zeit leer gewordenen Kasernen mit dem „treuen“ Militär gefüllt. Am 9. früh standen Soldaten an allen Eingängen des ersten russischen Parlamentes, an dessen Türen und Türen auffallend große Schlüssel aufgehängt wurden. Am 9. gegen Mittag — so rechnete die Regierung — müßten bald hier bald dort kleine bewaffnete Arbeiterscharen in den Petersburger Straßen erscheinen. Am 10. würde die Sozialdemokratie den bewaffneten Aufstand und den allgemeinen Streik proklamieren. Am gleichen Tage dürfte das Petersburger Proletariat den ersten Schuß abgeben. Am 11. würde das gleiche in Moskau, Odessa, Siew, Charkow usw. stattfinden. In diesen Tagen dürften auch die Eisenbahnarbeiter einen Streikversuch machen. Vom 12. an sollten dann in ganz Rußland „Patronen nicht gefahrt werden“. Eine Woche lang sollte das „treue Heer“ im Blut des Russenvolkes sich berauschen. Tausende von Männern, Frauen, Greisen und Kindern sollten erschlagen, erschossen, erstickt und der Freiheit beraubt werden. Rußland sollte zum Kirchhofe werden. Dann eine Dankagung „meinem treuen Heere“ und ein Zarenmanifest an „meine treuen Untertanen“, denen, „nachdem die gestörte Ruhe wiederhergestellt wurde“, eine liberale Aera versprochen wird. Die Autokratie feiert ihren Sieg. Europa und die Börse fassen wieder Vertrauen zu ihr und pumpen ihr Geld.

So rechnete die Regierung. Sie hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Am 9. Juli bleibt Petersburg ganz ruhig. Am 10. erhält Stolypin aus allen Ecken Rußlands Telegramme des Inhalts: „Bei uns ist alles ruhig. Am 11. Juli — alles ruhig; am 12. — alles ruhig. Und jeder Tag dieser für die Regierung so verhängnisvollen Ruhe ist ein Siegestag des russischen Proletariats und eine Niederlage der russischen Autokratie.“

Die breite Masse hat aber vom Schicksal der Duma noch nichts gehört. Das Militär hat den wahren Sinn des Zarenmanifestes noch nicht lapiert. Und wenn es in diesen Tagen nicht beschäftigt wird, so kann es morgen anders werden. Der Zar wird unruhig. Der Minister des kaiserlichen Hauses kündigt ihm den Besuch des Semjonowitschen Gardeeregiments an. Das Regiment, das sich in Moskau ausgezeichnet hat, wird aber zuvor entwaffnet. Die Zarin und der Zar mit seinem Wäghen auf dem Schöße erscheinen in seiner Mitte. Der Zar trinkt mit den Soldaten ein Gläschen Tee, läßt sich mit ihnen fotografieren und entfernt sich bald beruhigt wieder. — In der Winter Garnison wird es trotzdem bald sehr unruhig. Kosaken, die den Befehl erhalten, Arbeiterversammlungen mit Gewalt zu zerstreuen, steigen von ihren Pferden und hören den politischen Reden der Arbeiter ganz ruhig und mit Vergnügen zu. Die Breslawitzsch-Festung aber beantwortet das Zarenmanifest mit einem Aufstande. Die Festungsartillerie zerstört das Offizierskasino und verwundet den Kommandeur, den Generalmajor Iwanoff, am Kopf.

Die Sache wird fatal; die Gärung beginnt nicht in der Stadt und nicht auf dem Lande, sondern im „treuen Heere“. Die Petersburger Regierung hat aber auch große Angst vor der Wirkung des in Wiborg redigierten Manifestes der Dummmitglieder und erteilt den Popen den Befehl, schleimigst in allen Kirchen das Zarenmanifest dem Volke vorzulesen und im Regierungssinne auszuliegen. In einer Petersburger Kirche beginnt der Pöpel mit dem Lesen, als sich die Betenden aus der Kirche demonstrativ entfernen. Dem Popen bleibt nichts übrig, als das Manifest dem Diakon vorzulesen. So geht es dem „Zarenvolke“ auch anderwärts. In der Odessaer Kathedrale betritt den Bischofssitz ein Reservist und brandmört das Zarenmanifest, nachdem es vom Bischof verlesen ist, in Gegenwart des ganzen Volkes und der Behörden. Und wie es auf dem Lande ausgenommen wird, das ist zu erwarten aus folgender Depesche, die von zwei Bauern an ihre Landesleute geschickt wurde, von denen sie nach Petersburg gesandt waren, um zu erfahren, wie es mit der Agrarfrage stehe. Die Depesche lautete: „Mit der Duma ist es aus. Helft Euch selber!“

Auch auf dem Lande werden die Popen mit ihrer Auslegung des Zarenmanifestes zu spät kommen.

Die russische Sozialdemokratie hat auch die Interessen der hungernden Bauern nicht aus dem Auge gelassen und treibt auch auf dem Lande Propaganda und Agitation. Nun wirken aber dort drei verschiedene Organisationen, die Sozialdemokraten, die Sozialrevolutionäre und der radikal gesinnte allgemeine russische Bauernverband. Bald brachte der gegenwärtige historische Moment verschiedene Komitees dieser drei Organisationen zur Ueberzeugung, daß es doch am besten wäre, wenn sie, ihren einzelnen Programmen treu bleibend, einander soviel es geht, in der Propaganda und Agitation unterstützen. Und wirklich wurde an vielen Orten auch ein modus vivendi von ihnen erzielt.

Propaganda auf dem Lande führen die russischen Sozialisten seit langer Zeit. Schon im Anfange der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts strömten sie scharenweise in die russischen Dörfer, um dort das Evangelium des Sozialismus zu verkünden. Damals hieß es „ins Volk gehen“. Allein unsere Vorgänger eilten der Gesellschaft um ein ganzes Vierteljahrhundert voraus, weshalb auch ihre Bemühungen fast resultatlos blieben. Anders sieht es jetzt.

Mit 10—15 Rubel in der Tasche begeben sich junge Enthusiasten in die Dörfer und gehen nicht selten Hunderte von Werst zu Fuß, weil ihnen die Gelder für Eisenbahnbillette fehlen. Man kennt sie auf dem Lande

und man erwartet sie dort mit großer Ungeduld. Beladen mit Broschüren, Proklamationen und ihrem Programme ziehen sie von Dorf zu Dorf, und bald auf offenen Plätzen, bald versteckt in Wäldern, vor kleinen oder größeren Bauernversammlungen fordern sie auf zum Kampfe für den Sozialismus.

Vor mir liegt der letzte Aufruf des „allgemeinen russischen Bauernverbandes“. Es heißt darin:

„Die Duma ist entlassen worden. Als die Bauern ihre Deputierten in die Duma schickten, da sagten sie ihnen: „Erzählt der Duma von unseren Leiden und sagt dem Zaren, daß wir nicht mehr in Stande sind, unsere gegenwärtige Lage zu ertragen. Bringt uns Land, Recht und Freiheit.“ Die Deputierten folgten diesem Befehle. Sie forderten die politische Amnestie, sie erklärten, daß man dem Quantum Schranken setzen müsse, daß man jene Beamte, die Gegenwärtigkeiten aller Art begangen haben, vor die öffentlichen Gerichte stellen solle und sie erklärten, daß in Rußland Ordnung und Gesetz herrschen müssen. Sie forderten Freizug und Versammlungsfreiheit und schützten der Duma das Leben des Volkes. Sie forderten für die Bauern mehr Landbesitz und erklärten, daß man zu diesem Zwecke den Gutsbesitzern das Land nehmen müsse. Jetzt wissen alle, auch der Zar und die Minister, was das Volk braucht und was es wünscht. Die Regierung hat aber alle diese Forderungen des Volkes abgelehnt. Der Zar stellte sich auf die Seite der Gutsbesitzer und nahm die Minister unter seinen Schutz, die von den Bauerndeputierten des öfteren aus der Duma hinausgejagt wurden. Der Zar ist nicht mehr mit dem Volke, das ihm bis jetzt blinde Blindheit glaubte. Der Zar verspricht, daß er mit den Delegierten des Volkes eins sein werde. Er hat sein Wort nicht eingehalten. Er hörte auf die Bureaukraten, er folgte ihrem Räte und jagte die Duma auseinander.“

Nun Bauern, erinnert Euch an Eure eigenen Worte: „Wird die Duma fortgesetzt, so werden wir uns selber helfen.“ Die Zeit dazu ist gekommen. Nehmet die Regierungsgewalt in den Dörfern und den Kreisen in Eure eigenen Hände. Erstet die Dorfbehörden, die nicht mit dem Volke sind, sondern der Regierung dienen, durch Eure eigenen Leute. Verweigert den russischen Beamten den Gehorsam. Scharfist Briefe und schickt Eure Leute zu Euren Landbesitzern im Heere und sucht sie zu überzeugen, daß sie nicht auf unsere Forderungen, die in den Städten für das Volkwohl kämpfen, stehen dürfen, scharfist ihnen, sie sollen jenen Offizieren, die den Gutsbesitzern sich verkauft haben, den Gehorsam verweigern und sollen mit den Getreihen in die Heimorte zurückkehren, um diese vor der Regierungsgewalt zu vertheidigen. Und wenn die Arbeiter in den Städten den Kampf mit der Regierung beginnen werden, so helft ihnen. Bringt irgendwo ein Eisenbahnstreik aus, so stellt Euch auf die Seite der Streikenden. Zerstört dann die Eisenbahngleise, damit die Regierung ihre Armee nicht aufs Land bringen kann. Und zahlt keine Steuern der verbrecherischen und gescheiterten Regierung.“

Es nähert sich die Entscheidungstunde. Das Volk muß alle seine Kräfte zusammennehmen, die Macht ist auf seiner Seite und nicht bei der Regierung. Wir brauchen keine Duma, die in ihren politischen Schritten nicht frei ist. Wir wünschen eine Konstituante. Denn nur diese wird unserem Volke die volle Freiheit geben und nur diese wird die Agrarfrage richtig lösen.

Bauern kämpft für die Konstituante!“

Auch ohne diesen Aufruf gelesen zu haben, begreifen bereits die Bauern, daß sie nur auf sich selbst zu rechnen haben. Die Sozialdemokratie sucht ihre Bewegung in richtige Bahnen zu lenken, um ihr den anarchischen Charakter zu nehmen. Sie will sie zu einer politischen Bewegung par excellence erheben. Dort aber, wo die Sozialdemokratie nicht stark genug ist, um die Bewegung zu beeinflussen, nimmt sie anarchische Formen an.

Schon haben die Bauern im Woronischen Gouvernement 60 der größten Landgüter verbrannt und geplündert. In den Moskauer, Kalugaer, Tulaer, Orlower und Njasaner Gouvernements sind Agrarunruhen ausgebrochen. Die Gutsbesitzer lassen alles Hab und Gut im Stich und fliehen in die Städte. Im Kiower Gouvernement beschloßen die Bauern, sämtliche Landgüter des Grafen Bronnizh zu konfiszieren. Kaum hatten die Bauern des Tobolskyischen Gouvernements von der Auseinandersetzung der Duma erfahren, so versammelten sie sich und beschloßen, mit Feuer und Schwert sich Land und Freiheit zu erkämpfen. Das Gut des Grafen Potojky wurde von ihnen erstickt. Im Twerischen Gouvernement beschloßen die Bauern, die dem Episkopat gehörenden Wäldern zu konfiszieren; das Gleiche taten sie auch in einem Dorfe des Saratowschen Gouvernements. Im Nischny-Nowgorodischen Gouvernement wollen die Bauern die Rechte der Krone auf ihre Wälder nicht mehr anerkennen. Im Dorfe Worisowka des Nischny-Gouvernements greift eine dreitausendköpfige Bauernschaft das Haus des Staniswoi an, plündert die Post, bewaffnet sich, erstickt und verhaftet das Gut des Grafen Scheremetew und attackiert eine Soldatenkompanie, die zur Herstellung der Ruhe geschickt wurde. Die Kompanie muß sich mit großen Verlusten zurückziehen, bis ihr ein General mit Artillerie zu Hilfe eilt. Im Dorfe Tscherepon sind Agrarunruhen ausgebrochen. Es kommen die Dragoner. Die Bauern attackieren sie und zwölf der Dragoner bleiben schwer verwundet auf dem Platze.

Aber nicht nur die Bauern, die Kleinbesitzer sind und um die Vergrößerung ihres Besitzes kämpfen, rebellieren. Auch die Landarbeiter, die Kotsak, lassen von sich hören. Die Kotsak sind Proletariat und als solche beginnen sie natürlich mit dem Streifen. Die Rogoslawischen Gutsbesitzer ersuchen auf telegraphischem Wege den Generalgouverneur von Wilna um Zusendung von Militär, um den ausgebrochenen allgemeinen Landarbeiterstreik zu unterdrücken. Im Simbirsky-Gouvernement sind auf den Gütern des Fürsten Urenlow alle Arbeiten eingestellt worden. Der Telegraph berichtet ferner, daß in den Kreisen Wobrujsk, Pinsk, Igumen, Slnuz und Wogrudol des Minder Gouvernements Landarbeiterstreiks ausgebrochen sind; im letzteren Kreise ist auf allen Gütern die Arbeit eingestellt worden.

Stolypin aber wartet auf eine Streikbewegung in den Städten und hofft natürlich, sie mit Hilfe des „treuen Heeres“ blutig zu unterdrücken. Es dürfte ihm mit seinem Feldzugsplan gehen wie Kurapatkin mit dem seinen gegen die Japaner, die sich um die Kurapatkinschen Voraussetzungen nicht kümmerten und immer von einer anderen Seite kamen, als von der sie nach Kurapatkins Annahme kommen mußten. Stolypin ist überzeugt, das russische Proletariat werde seinen, Stolypins Handfäufel aufheben und werde dabei von „seinem“ Heere angegriffen werden. Es ist anders gekommen, die Revolution begann im Heere, in Sveaborg, in Kronstadt. Die Kronstädter haben eine schöne Tradition. Schon ihre Väter haben den Revolutionären den phantastischen Vorschlag gemacht, nachts Alexander II. aus seinem Bette zu holen, ihn auf ein Kriegsschiff zu bringen, ins offene Meer mit ihm hinauszufahren und ihn solange dort zu halten, bis er eine Konstitution unterschrieben hat. Nach Kronstadt kommt Sewastopol; nach Sewastopol — Reval; nach Reval kommt Drest-Litowst; nach Drest-Litowst kommt — — —

Aus Furcht vor der Zukunft will die Regierung schon wieder liberal werden. Allein

„Nous arrivons, nous arrivons,
 Nous arrivons toujours trop tard.“
 („Wir kommen, wir kommen,
 Wir kommen stets zu spät.“)

Stolypin sucht sein Kabinett mit ein paar liberal gesinnten Männern zu verschönern. Er vergißt aber, daß schon Witte diesen Plan hatte, daß er ihm aber mißlang. Und doch ist Witte geschickter als Stolypin. Stolypins allererster Schritt müßte die Gewährung von Freizug und Versammlungsfreiheit sein. Davor aber hat er große Angst. Er verspricht sie einzuführen, aber erst nachdem in Rußland die Ruhe hergestellt ist. Die Ruhe wird aber erstens von der Regierung und seinen Leuten selbst gestört, zweitens hängt sie mit der richtigen Lösung der Agrarfrage zusammen, drittens müssen die politischen „Verbrecher“ freigegeben werden, viertens — — — Aber alle ähnlichen und andere Gesetze können gemäß der russischen Konstitution, die, wenn der Zar sie auch nicht beschworen hat, doch feierlich verkündet und als bindend für den Zaren von ihm selbst erklärt worden ist, ohne Zustimmung der Duma nicht zum Gesetz erhoben werden. Die alte Duma muß also zurückberufen werden und im Vereine mit dem Reichsrat und dem Zaren sofort eine gewisse Anzahl von liberalen Gesetzen dekretieren. Dies wäre eine Lösung der gegenwärtigen Krise im Sinne der Kadettenpartei, nicht aber im Sinne der russischen Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie kann die alte Duma als Repräsentantin des russischen Volkes nicht anerkennen und bestreitet ihr das Recht, in ihrem Namen Gesetze zu diktiert. Damit sie dieses Recht besitze, muß sie vor allem auf Grund des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts gewählt werden. Zweitens hat die alte Duma ja bewiesen, daß sie die Agrarfrage im Sinne des revolutionären Bauertums nicht lösen kann und will; und drittens hat sie durch eine ganze Reihe in der Duma eingebrachter Gesetzesvorlagen gezeigt, daß sie ihres Liberalismus schon müde war. Das Proletariat kann einer solchen Duma sein Schicksal nicht anvertrauen. Die Abänderung des Wahlrechts hängt aber auf Grund eines speziell zu diesem Zweck erachteten Gesetzes direkt und ausschließlich vom Willen des Zaren ab. Die Krone muß also vom Volke genau so wie in den Oloberbergen zur Abänderung des Wahlgesetzes in seinem Sinne gezwungen werden.

Das ist gegenwärtig das nächste Ziel, dem der Kampf der Sozialdemokratie gilt. Ueber dieses Ziel hinaustreibend, kann er dazu führen, daß das russische Volk ohne Mitwirkung des Zaren die verfassunggebende Versammlung, die Konstituante wählt.

Die russische Revolution.

Die Ruhe endet.

Petersburg, 5. August. (Eig. Ber.)

Vor ungefähr acht Tagen hat eine Beratung von Vertretern der Zentralleitungen aller revolutionären und oppositionellen Parteien und Organisationen stattgefunden, um die Frage eines sofortigen politischen Generalstreiks zu erörtern. Die Mehrzahl der Versammelten hat sich zurzeit gegen diesen Schritt ausgesprochen. Es wurde beschloßen, ein allgemeines Vorgehen bis zu einem günstigeren Moment aufzuschieben und es jeder Partei freizugeben, ihrer Taktik gemäß zu handeln.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands befürwortete einen sofortigen Ausstand, aber infolge der Meinung der anderen Organisationen, daß die Situation ungünstig sei, hat die Partei für den Augenblick dieser Absicht entzagt. Es wurde indes in der Konferenz konstatiert, daß einzelne unvorhergesehene Ausbrüche unvermeidlich seien und daß jeder von ihnen zu einem allgemeinen, allumfassenden Brande führen könne. Diese Stimmung des Landes in Betrachtung ziehend, kam das Zentralkomitee unserer Partei zu dem ganz richtigen Schluß, daß eine allgemeine Erhebung nur dann erfolgreich sein werde, wenn sich eine geeignete revolutionäre Atmosphäre gebildet habe, wenn einzelne mehr oder weniger planmäßige Vorstöße jene revolutionäre Energie akkumuliert haben werden, ohne die jede das ganze Rußland umfassende Erhebung undenkbar ist. Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei empfiehlt den Parteiorganisationen, jedes unnötige Blutvergießen vermeidend und keiner Provokation nachgebend, gegen die Auflösung der Duma protestierende Ausstände, Meetings, Demonstrationen zu organisieren. Diese richtige Taktik entspricht völlig dem Augenblick, wie man es schon aus dem Generalstreik in dem Bergwerksgebiet auf dem Don dem

Militäraustritt in Sveaborg, in Kronstadt, den beginnenden Unruhen im Heere in den Festungen zu Tiflis und West-Vitowsk erfährt, die eine direkte Antwort auf die Auflösung der Duma sind.

Wenn diese Zeilen in Berlin angelangt sein werden, wird auch der Draht-Nachricht über weit größere Ereignisse gebracht haben, von denen jetzt zu sprechen natürlich noch zu früh ist. Sagen wir bloß, daß für spätestens Montag in Petersburg der Generalstreik angeordnet ist. Der Arbeiterabgeordnete rat funktioniert schon. Ueber das Weitere werde ich selbstverständlich Bericht erstatten.

Jeder Tag bringt uns dem entscheidenden Kampfe näher, und jeder Tag kann sein Anfangstag werden. Die Ruhe, die die Regierung so erfreut hat, daß sie sogar das Militär aus Petersburg zu entsenden begann, wurde zu allererst unter den im Militärrock stehenden Bauern gestört, unter den Bauern, für die die Reichsduma der Mittelpunkt aller Erwartungen und Hoffnungen war.

Die Ruhe endet. . . Der Tag des Endes ist nah, der Anfang des Endes ist schon in Sveaborg, Tiflis, Kronstadt und West-Vitowsk angebrochen. Langsam geht der Kampf vorwärts, wechselnd ist der Erfolg. Aber aus diesem Ringen mit seinen Niederlagen und Siegen zieht neue Kraft immer nur die Revolution.

Au die Soldaten und Matrosen

richtet sich der folgende Aufruf unserer russischen Parteigenossen, speziell der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten:

„Soldaten! Seelente!“

Die Regierung hat auf kaiserlichen Befehl die Duma aufgelöst. Truppen wurden von allen Seiten angeammelt, um das Volk mit Waffengewalt zu unterdrücken.

Die Vertreter des Volkes waren aus der Mitte eurer Väter und Brüder gewählt worden, damit sie dem Jaren vorlegen, was dem Volke nützlich; aber der Jar wollte nicht auf die Erwählten des Volkes hören. Er hörte auf seine früheren Ratgeber, auf die Großfürsten, Minister und Generale und die reichsten Grundbesitzer, die nicht ihren Grundbesitz, ihre viele tausend Rubel befragenden Gehälter und ihre unerantwortliche Gewalt aus den Händen lassen wollten.

Jetzt ist Rußland in zwei Lager geteilt. Auf der einen Seite steht die große Mehrheit: alle Bauern, alle Arbeiter, alle Armen und Bedrückten, stehen die besterzogenen und aufgerolltesten Klassen, die klaren schauenden Soldaten, die besten Offiziere und alle die Richter in den Gefängnissen — unter ihnen viele tausende Soldaten und Seemänner. Auf der anderen Seite ist eine Versammlung von Bedrückten, wie General Trepow, Herr Bobsonow und die mandtschurischen Generale, die vor den Japanern davongelaufen sind, aber aus Moskau, Odesa und Tschita geschossen haben, die Zemski Ratshalniki und die Polizeispione und das ganze schwarze Hundert. Diese alle vertrauen auf eure Kraft, um das ganze russische Volk niederzuschlagen.

Wollt ihr auf das Volk schießen, das Blut des Volkes vergießen und die Brust des Volkes mit euren Bajonetten durchbohren? Bedenket, daß ihr die Kinder des Volkes, die Kinder des russischen Volkes seid, und daß zu derselben Zeit in den Dörfern, in denen ihr geboren wurdet, eure eigenen Brüder, die zu Hause blieben, ebenfalls agitieren und Land und Freiheit verlangen, und daß die Regierung andere Truppen aussendet, sie niederzuschlagen und sie zu prügeln. Beschloß wollt ihr die Regierung verteidigen? Ist euer eigenes Leben so gut? Seid ihr nicht selbst in einem Zustand der Sklaverei? Ihr seid in einem Zustande der Sklaverei, ärger als alle anderen. Man gibt euch slavische Beschäftigung als Offiziersdiener. Ihr werdet in Strafataillonen geschickt. Für jedes freie Wort werdet ihr in die Zwangsarbeit geschickt oder niedergeschossen. Wir, die Vertreter des Volkes, wollten euch Los verbessern. Wir wollten Gesetze verkünden über die Reduktion des Militärdienstes auf zwei Jahre, über die Abschaffung der Verwendung von Soldaten als Diener, über die Zahlung von Monatslöhnen an die Soldaten und über die wirksame Verhinderung aller Infiltrierungen der Mannschaft durch ihre Vorgesetzten. Wir wollten das Los der Soldaten verbessern, aber das große Ziel von uns war, das Los der ganzen arbeitenden Bevölkerung zu verbessern. Um all das zu verhindern, hat sich die Regierung beeilt, die Duma aufzulösen.

Soldaten! Seelente! Wir, die geschlechtlich gewählten Vertreter der Bauern und Arbeiter, erklären euch, daß ohne die Duma die Regierung ungeschlechtlich ist, und daß die jetzt von der Regierung ausgegebenen Befehle keine gesetzliche Kraft haben.

Wir fordern euch auf:

Eritens, daß ihr der ungeschlechtlichen Regierung zu gehorchen aufhört und ihr zusammen mit uns und der ganzen armen Bevölkerung tätigen Widerstand leistet. Ihr habt einen Eid geschworen, euer Vaterland zu verteidigen; euer Vaterland ist Rußland, die Städte, die Dörfer und das ganze russische Volk. Verteidigt dieses Vaterland! Stehet Schulter an Schulter mit uns für Land und Freiheit!

Zweitens: Jeder Soldat, der auf das Volk schießt, ist ein Verbrecher, Verräter und ein Feind des Volkes. Im Namen ihrer Väter und Brüder sagen wir einem jedem solchen, daß man ihn nicht gestatten wird, in seine Heimat zurückzukehren, und daß sein Name auf ewig vom Volke verflucht sein wird.

Drittens: Deutsche Truppen stehen bereit, unser Land zu überziehen zur Verteidigung der Regierung, die dem Volke mit der Gewalt fremder Waffen entgegentritt. Wir erklären, daß durch solche Verhandlungen die Regierung das Land verraten hat, und daß sie jetzt außerhalb des Schutzes der Gesetz steht.

Soldaten! Seelente! Eure heilige Pflicht ist es, das russische Volk von dieser verräterischen Regierung zu befreien und die Duma zu verteidigen. Jeder, der in diesem heiligen Kriege fällt, wird sich mit ewigem Ruhm bedecken, und das russische Volk wird seinen Namen segnen. In diesem Kampfe werden eure erwählten Vertreter mit euch sein.

Seid tapfer für das Vaterland, für das Volk, für ein Land der Freiheit gegen diese verbrecherische Regierung!

Der Generalstreik.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur berichtet auch heute, daß der Generalstreik völlig mißlungen ist. Leider stimmen damit andere, allerdings aus bürgerlicher Quelle stammende Meldungen überein. Die obigen Zeilen unseres Petersburger Korrespondenten, die vor einigen Tagen geschrieben wurden, sprechen davon, daß die Konferenz der Revolutionäre den Zeitpunkt für ein allgemeines Vorgehen nicht günstig erachtete. Möglich, daß unter dieser Ungunst des Zeitpunktes der Streik, zu dem die sozialdemokratische Arbeiterpartei dann — wahrheitsgemäß infolge der Militärrevolten — doch hat geglaubt, aufrufen zu müssen, gelitten hat. Möglich auch, daß die ablehnende Haltung der anderen revolutionären Parteien — die Gegnerschaft der Sozialrevolutionäre wird in einem Telegramm ausdrücklich erwähnt — an dem Mißlingen mit Schuld trägt. Die Niederlage ist bedauerlich, indes entscheidet sie nicht über den Ausgang der Revolution.

Die Meldungen lauten:

Petersburg, 7. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Handelsministerium bezeichnet den letzten Ausstand

*) Wir haben den Aufruf zum Generalstreik schon gestern veröffentlicht. D. Red.

als vollständig verfehlt. Außer in Petersburg und Moskau wurde in keinem Industriebezirk ein größerer Ausstand der Fabrikarbeiter beobachtet. In Petersburg waren nach den Berichten der Fabrikinspektion höchstens ein Drittel sämtlicher Fabrikarbeiter ausständig. Die größte Zahl der feiernden Arbeiter fiel auf den zweiten Ausstandstag, alsdann zeigte sich eine wesentliche Abnahme. Die Fabrikinspektion erwartet, daß die Mehrzahl der Fabriken noch in dieser Woche die Arbeit in vollem Umfange wieder aufnehmen wird.

Moskau, 7. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Ausstand muß dank dem vom Stadtkapitän gestroffenen Maßnahmen und der Polizeiaufsicht als vollkommen mißlungen bezeichnet werden. Alle Versuche der Agitatoren, die Arbeiter von der Arbeit abzuhalten, wurden vollkommen vereitelt. Die Agitatoren wurden verhaftet und ihre Versuche, Demonstrationen, Meetings und Prozessionen zu organisieren, wurden sofort unmöglich gemacht, indem Gendarmen die Volksmenge auseinandertrieben. Heute ist die Zahl der Ausständigen merklich geringer. Von der im ganzen 200 000 Mann zählenden Arbeiterschaft Moskaus feiern nur 20 177, darunter 10 000 Buchdrucker.

Jasowka, 7. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Arbeit an den Pumpen ist in allen Gruben wieder aufgenommen, mit Ausnahme von zwei Minen einer französischen Gesellschaft. Für morgen erwartet man auch in diesen Unternehmen die Wiederaufnahme der Arbeit. Man kann bestimmt annehmen, daß die völlige Wiederaufnahme der Arbeit ohne Verzögerung eintreten wird. Der Streik der Arbeiter der französischen Gesellschaft verläuft sehr ruhig.

Petersburg, 8. August. (Meldung der „Fris. Bl.“) Vorgestern waren 81 000 Arbeiter ausständig, gestern nur noch gegen 48 000. Die Sozialrevolutionäre hier wie in Moskau sind gegen den Streik.

Natürlich benutzt die Regierung diesen Verlauf des Streiks, um ihren stark gesunkenen Kredit wieder zu heben. Sie läßt folgende Nachricht verbreiten:

Moskau, 7. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die hiesige Börse mißt dem Generalausstand keinerlei Bedeutung bei; die russische Staatsrente stieg um 1/2 Proz., die letzte Anleihe um 1/4 Proz.

Ein amtliches Petersburger Communiqué bezeichnet gleichzeitig die Gerüchte, die russische Regierung beabsichtige die Vorzahlungen einzustellen, als tendenziös von solchen Personen erfunden, welche schon seit längerer Zeit vor nichts zurückschrecken, um der Regierung Verlegenheiten zu bereiten und Unruhen und Panik hervorzurufen.

Jugleich wird von der nächsten Umgebung des Jaren berichtet, daß das Zustandekommen des neuen Ministerkabinetts schon in den nächsten Tagen erwartet werden kann.

Stolypin hat sodann verfügt, daß nach der Herbsttagung der einzelnen Semstwo's in Moskau ein Kongress der Semstwo'delegierten veranstaltet werden darf.

Es macht sich das nach außen ganz hübsch, ganz liberal und bis zum Winter ist ja auch noch lange Zeit.

Außerdem hat die eifrige Regierung bereits die Wahlmanche für die neue Duma begonnen, wie die folgende Nachricht zeigt.

Petersburg, 7. August. (Loffan-Meldung.) Die Regierung eröffnete heute den Wahlfeldzug für die neue Duma durch Veröffentlichung einer Adresse an alle Inhaber eines Amtes im Gouvernement Petersburg, um ihnen einen Fingerzeig für ihre Haltung zu geben. Die Adresse vertritt sich ausführlich über die für die Kandidaten notwendigen Eigenschaften, wobei gesagt wird, die Kandidaten brauchen keine großen Redner, mühen aber von tiefem Wissen, langer Erfahrung und patriotisch gefüllt sein.

Für die Bedürfnisse des Augenblicks ist ein Generalissimus gegen den inneren Feind ernannt worden. Wolffs Bureau meldet:

Petersburg, 8. August. Wie die „Nowoje Wremja“ mitteilt, steht die Ernennung des Großfürsten Nicolai Nicolajewitsch zum Oberkommandierenden der Garde und des gesamten Heeres an Stelle der bisherigen Oberkommandierenden der einzelnen Militärbezirke bevor. Die neue Charge soll nicht den Charakter einer Militärfunktion erhalten (?), da das Kriegsministerium seine administrativen Funktionen beibehält.

Der „Verband wahrhaft russischer Leute“ verbreitet mit Hilfe der russischen Polizeibehörden massenhaft Proklamationen, betitelt: „Wie die Reichsduma den Jaren und das Volk betrogen hat“.

Finnland.

Der finnische Senat hat an sämtliche Gouverneure des Landes den Befehl erteilt, der „Roten Garde“ bekannt zu geben, daß sie nicht länger bestehen dürfe und ihr von jetzt ab jede Betätigung untersagt sei. Ob das Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Der Chef der „Roten Garde“, Kapitän Rod, wird eifrig von der Polizei gesucht. Sämtliche Polizeikammern sind von Helsingfors aus aufgefordert worden, nach ihm zu fahnden.

Die Bürgerwehr, die „Fleischhauergarde“, hat ihre Tätigkeit eingestellt, wie sie bekannt gab, weil Militär zur Unterdrückung der Unruhen herangezogen wurde, was durch ihr Eingreifen verhindert werden sollte.

Kapitän Rod hat sich in einer Unterredung dahin geäußert, daß der Aufbruch in Sveaborg infolge nicht voraussehbarer Umstände zu früh ausgebrochen sei. Er selbst habe sich dann verpflichtet gefühlt, den Massenstreik zu proklamieren. Sonst hätten die russischen Revolutionäre denken können, ihre finnischen Brüder seien, nachdem sie für ihr eigenes Land, gestützt auf die Revolution in Rußland, Vorteile erreicht hätten, in ständiger Verrät an ihnen zu über. Hätte nicht die Bürgerwehr eingegriffen, so hätten wir“, meinte Rod, „die Stadt bald in unserer Gewalt gehabt, und das wäre das Zeichen zu einer allgemeinen Erhebung im ganzen russischen Reiche gewesen.“ — Wie es in dem Bericht, den Stockholm's „Social-Demokraten“ von der Unterredung gibt, heißt, ist man auch in ganz Finnland der Meinung, daß, wenn die Konstitutionellen sich nicht eingemischt hätten, jetzt überall die rote Fahne wehen würde.

Das Ergebnis der in Helsingfors Gefallenen soll, wie die Stadtwärterbestimmungen beschlossen haben, auf Kosten der Stadt erfolgen und ebenso wird den Verwundeten auf Kosten der Stadt ärztliche Hilfe und Verpflegung zuteil.

Am Sonntagmittag sind sieben bei den Straßenkämpfen Gefallene mit großer Feierlichkeit beigesetzt worden. Trotz strömenden Regens nahm eine gewaltige Menschenmenge daran teil. Unter den vielen Kränzen, die auf dem gemeinsamen Grabe niedergelegt wurden, war auch einer von der Stadt Helsingfors.

Eine neue Militärmutterei.

Riga, 7. August. Auf einem hier liegenden Schulschiffe sind 66 Mann verhaftet worden.

Meuterei in West-Vitowsk.

Die Zeitung „Kawensko“ bringt Einzelheiten über Vorgänge vom 22. bis 25. Juli in der Festung West-Vitowsk. Gleich nachdem die Garnison von der Auflösung der Duma erfuhr, geriet sie in Gärung. Besonders erregt war die Stimmung bei der Festungsartillerie. Das ganze Osobny-Regiment meuterte. Die Artilleristen zerstörten das Offizierskasino, verwundeten ihren Kommandeur General Jwanow, verwundeten und töteten noch einige Offiziere. Am 23. Juli wurden drei Regimenter — das Libausche, Kalugische und Wladimirskische Regiment, unterstützt von einigen Infanterie- und Festungsbataillonen, gegen die Meuterei aufgeboten. In der Nacht wurden diese umzingelt und zur Kapitulation gezwungen.

Bombenanschlag in Sosnowice.

Kattowik, 8. August. In den dichtgefüllten Warterraum des Bahnhofes Sosnowice wurde eine Bombe geworfen. Viele

Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Der Kaufmann Goldblum wurde getötet. Eine furchtbare Panik entstand, wobei viele Personen verletzt wurden. Der Täter ist unbekannt.

Entkommen!

Petersburg, 8. August. Die im Prozeß Schmidt vom Kriegsgericht zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilten Odesaer Studenten Pjatin und Koisjesew sind auf dem Transport nach Sibirien in der Nähe von Omsk aus dem Eisenbahnwaggon gesprungen und glücklich entkommen.

26 Revolutionäre verhaftet.

Riga, 8. August. Die Polizei überraschte hier ein geheimes revolutionäres Komitee mitten in der Sitzung. Sie beschlagnahmte wichtige Dokumente und Pläne und verhaftete 26 Teilnehmer. Den übrigen gelang es, über die Dächer zu entkommen.

Der Kaukasus.

Jelissawetpol, 7. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach einer amtlichen Meldung haben die Russen in Schuscha aufgehört; zwischen Tataren und Armeniern ist der Friede hergestellt; beide Parteien versprechen, miteinander in gute Beziehungen zu treten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. August.

Das Panzerschiff tot, es lebe der Riesenpanzer!

Französische Blätter behaupten, die überraschend günstigen Ergebnisse der letzten großen Flottenmanöver von Marseille bedeuteten nichts Geringeres als den Tod der Panzerschiffe. Zahlreiche Stimmen beginnen bereits dem früheren Marineminister Bellefleur recht zu geben, der ein Gegner der Linienchiffe war und ihren Bau verzögerte. Aber auch eine gewichtige Autorität, kein Geringerer als der Oberkommandierende der französischen Kriegsflotte, Admiral Journer, stellt der neuen Marineoffensive, den so lange kritisch beurteilten Unterseebooten ein überaus glänzendes Zeugnis aus. Erklärte er doch in einem Tagesbefehl:

„Die Operationen des Küstenkrieges bei Tag und Nacht, die von den Seestreitkräften vor Algier, Bizerta, Toulon und Marseille vorgenommen wurden, haben klar erwiesen, daß für die Hafenverteidigung die Waffe par excellence die Torpille in allen ihren Formen ist; vor allem bei ihrer Anwendung nachts mit den Torpedobooten, tags mit den Unterseebooten. Die folgenden Ziffern erheben, welche Verwüstung die Torpillenschiffe und Unterseeboote in die Reihen einer Flotte, die diese Operationen versuchen sollte, bringen würden. Unsere Flotte hätte außer Kampf gehabt: vor Bizerta 5 Schiffe, vor Toulon 5 Schiffe, vor Marseille am 31. Juli 18 Schiffe und vor Marseille am 2. August 25 Schiffe. Dabei zählen wir jene nicht, die vor Algier torpilliert worden wären, wo die Unterseeboote 1006 noch nicht figurieren. Man kann also nicht genug mit recht legitimer patriotischer Genugtuung proklamieren, daß der Schutz der Meerfronten Frankreichs in Zukunft eine zahlreiche Flottille von Torpedobooten und Unterseebooten sein wird, die noch vor dem In-Aktion-Treten der Küstenbatterien die Häfen und für feindliche Angriffe zugänglichen Punkte des Litorals deckt.“

Es handelt sich hier augenscheinlich nicht um eine Erhöhung der Seemarine auf dem Meer, welche unbestreitbar das Schiff mit hochgelegener Bord bleiben wird, aber es wird die Waffe sein, die am sichersten jede siegreiche Flotte zerstören wird, die den Versuch machen will, den Ruhen aus ihren Siegen zu ziehen, indem sie schließlich die feindlichen Häfen angreift. Unter diesem Gesichtspunkte haben die Küstenoperationen unserer Seestreitkräfte zu ihrem Vorteil die tatsächlichen Lehren der Kriegführung vollendet, wo sie die englischen Seestreitkräfte bei ihren glänzenden Manövern der Mobilisation und auf dem hohen Meer gelassen.“

„Petit Parisien“ wirft hierzu die nur allzu berechtigten Frage auf, ob sich Frankreich nicht mit Angst fragen müsse, ob alle für die Marine ausgegebenen Millionen nicht durchaus zwecklos waren. Deutschland sei Frankreich an Schlachtschiffen bereits überlegen. Aber:

Sind wir darum außerstande, unsere Küsten zu verteidigen? Nein, hundertmal nein! Zunächst muß endlich mit der Legende von der möglichen Landung mehrerer feindlicher Armeekorps an irgend einem Küstenpunkte ausgeräumt werden. Nach genug würden wir nach jedem Punkte die nötigen Streitkräfte senden können, um das Land zu verhindern.

Außer Bizerta hat Frankreich keine genügenden Stützpunkte; England hat Gibraltar, Suez, Aden, Colombo, Singapur und Hong-Kong. Im Konfliktfall muß man voraussehen, daß England die Hand auf unsere Kolonien legt. Im Falle eines Kampfes mit Deutschland entscheidet sich das Kriegsglück zu Lande. Wozu also unsere Panzerflotten, die gegen den britischen Koloss ohnmächtig, ja nicht einmal fähig sind, unseren Kolonialen Hilfe zu bringen. Die letzten Manöver haben sie als noch unnutzbar hingestellt. An ihrer Stelle wäre die ganze englische Mittelmeerflotte, die mehr als 800 Millionen Franz wert ist, von zehn Unterseebooten in den Grund geholt worden. Diese zehn Unterseeboote kosten keine 15 Millionen. Das ist die wahre Lehre der französischen Flottenmanöver.“

Die „N. W. Bl.“, die bereits für die Panzerplattenindustrie zu fürchten beginnt, will diese Auffassung nicht gelten lassen. Daß die Unterseeboote dazu berufen seien, im Verteidigungskriege „unschätzbare Dienste“ zu leisten, bezweifelt ja heute niemand mehr.

Aber solange das Unterseeboot nicht die hohe See gewinnen und mit den Schlachtschiffen konkurrieren könne, werde es den Handel zu Wasser nicht beschützen.

Dieses Argument, das ja stets zugunsten der Riesenpanzer ausgespielt worden ist, wird man öfter zu hören bekommen. Allein es ist ganz und gar nicht stichhaltig. Wartet man sich denn wirklich ein, mit Schlachtschiffen den „Handel schützen“ zu können? Gerade der ostasiatische Krieg hat ja bewiesen, einen wie unzulänglichen Schutz sowohl für Handels- wie für Truppentransportschiffe eine starke Schlachtschiff- und Panzerkreuzerflotte darstellt. Welsch ungeheuren Schaden haben die drei russischen Wladimiroff-Kreuzer Japan zugefügt, bevor es endlich gelang, diese Schiffe unschädlich zu machen. Und wäre die baltische Flotte Roschdjestwenskis nicht so tödlich gewesen, der japanischen Flotte bei Tschushima geradezu in die Fänge zu steuern, hätte sie sich auf die bloße Verunruhigung Japans beschränkt, so hätte sie Japan trotz dessen maritimer Ueberlegenheit durch Gefährdung seines Handels und seiner Transporte in die schwerste Kalamität bringen können.

Im Falle eines Seekrieges zwischen England und Deutschland würden selbst für Deutschland siegreiche Seeschlachten absolut keine Entscheidung bringen. England brauchte bloß auf allen Meeren durch Hilfskreuzer und Raper Jagd auf die deutschen Handelschiffe zu machen, um

Deutschland die schwersten Schläge zu versehen. Deutschland könnte dann höchstens versuchen, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Denn ein Vorgehen gegen die englischen Häfen würde ja durch die Torpedo- und Unterseebote vereitelt werden. Und das es mit der Blockade dieser Häfen eine sehr schwierige Sache wäre, das bewies ja die lange Zeit so wenig erfolgreiche Blockade Port Arthurs und Vladivostoks durch die japanische Flotte. Die Schlagschlacht würde also für den schließlichen Entscheid eines deutsch-englischen Krieges völlig belanglos sein!

Trotzdem wird man natürlich fortfahren, Linienfahrer und Panzerkreuzer von riesigen Dimensionen zu bauen. Auch die Marine braucht ja ihre Parade-Waffe. Wie sollten auch die Herren Kapitäne und Admirale auf ihre stolzen Prunkschiffe verzichten mögen! Vor allen Dingen aber besitz die Kriegsschiffbau angelegte Kapital einen so gewaltigen Einfluß, daß es jede Reform im Marinewesen, die ihm materielle Nachteile bringen würde, erfolgreich zu bekämpfen in der Lage ist!

Russischer Argwohn gegen die deutsche Regierung.

Ein Petersburger Korrespondent schreibt uns über die Stimmung des russischen Volkes gegenüber dem offiziellen Deutschland:

Die Presse und die öffentliche Meinung hören nicht auf, von der Einmischung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in die russischen Angelegenheiten zu sprechen. Man darf sich aber wirklich nicht darüber wundern. Es ist schon kein Geheimnis in Russland, daß, als sich die kaiserliche Jagd „Standart“ 15 Tage vor der Auflösung der Reichsduma in die finnländischen Schären begab, sie den Zaren und Zarewitsch zu einer Zusammenkunft mit Wilhelm II. führte, der aufs entschiedenste empfahl, die revolutionäre Duma aufzulösen, und darauf hinwies, daß in der Politik Unentschiedenheit das schlimmste sei. Es wird in eingeweihten Kreisen bestimmt versichert, daß die Regierung sich erst nach der Ermunterung und nach Versprechungen Wilhelms II. entschloß, die Duma aufzulösen. Ebenso bestimmt wird behauptet, daß in Peterhof keine wichtige Bestimmung ohne Rat aus Berlin getroffen wird und daß es unter anderem in der Stille der baltischen Gewässer empfohlen worden sei, den Belagerungszustand in Polen einzuführen. Der Zar hat auch bereits einen den Belagerungszustand in Polen einführenden Ukas unterzeichnet. Dieser Ukas wird streng geheim gehalten, und es ist jetzt dem Warschauer General-Gouverneur Stalon das Recht verliehen, nach seinem Gutdünken den Belagerungszustand zu verhängen. Kürzlich ist einem nahen Verwandten Stalons von diesem ein Brief zugegangen, in welchem Stalon schreibt, daß, wenn sich noch 15 Tage in Polen Anfälle auf Pöbel und dergleichen ereigneten, er den Belagerungszustand verhängen müsse. Der Warschauer Satrap bellagt sich darüber, daß er „diese Sünde (sic!) nicht auf sich nehmen möchte“, daß er aber dazu gezwungen wäre.

Es ist ferner beschlossen, ganz Russland in acht Bezirke einzuteilen, und an die Spitze eines jeden Bezirkes einen General mit unbegrenzter Vollmacht zu stellen. Es sind auch für diesen Zweck ganz bekannte Scharführer, wie Wimm, Deloff (der Baltische), Meller-Salomeloh, Rennenkampf, Nichtenko u. a. in Aussicht genommen.

Es ist nicht schwer zu sagen, wohin diese Politik des Verwüstens und der Unterdrückung des Landes führt, und die „Ruhe“, mit welcher sich die Regierung tröstete, beginnt schon zu schwinden.

Wir halten es hier für nötig, die Leser des „Vorwärts“ mit der Meinung des „Reichs“-Organ der Kadetten — über die Verhältnisse zwischen der russischen und deutschen Reaktion bekannt zu machen.

Wir lesen unter dem Titel: „Die äußere Politik und der Akt vom 22. Juli“:

„Die deutschen Blätter bestreiten heftig die Nachricht von einer Einmischung deutscher Kreise in die russischen Angelegenheiten... Über selbst die vorzüglichsten unter den progressiven Organen bestätigen, daß man beim Berliner Hofe mit der neuen Richtung der russischen inneren Politik sehr zufrieden sei. Man braucht bloß die Stimmen der deutschen offiziellen Blätter zu hören, bloß die Stellung der der deutschen Regierung nahestehenden Finanzkreise zu russischen Werten zu betrachten, um zu verstehen, daß das offizielle Deutschland sehr tätig und mit allen Mitteln die Interessen desjenigen der kämpfenden Teile zu verfechten sucht, zu dem ihre Neigung auch früher schon zweifellos war.“

„Was können aber die Resultate einer solchen Annäherung der russischen und deutschen Regierung sein? Eine kürzlich gemachte Erfahrung belehrt uns darüber. Die „Weldfreundschaft“ Deutschland hat Graf Witte während des russisch-japanischen Krieges mittels eines für unsere Feldwirtschaft und Industrie schädlichen Handelsvertrages erlaubt. Man ersieht daraus, wie uneigennützig die Freundschaft der deutschen Regierung ist. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diesmal die „Freundschaft“ auf ähnlichen Bedingungen beruht, und daß hinter den Kulissen unsichtbare und verantwortungslose Personen eine entsprechende Abmachung ohne Wissen des Landes vorbereiten.“

„Andererseits muß man erwarten, daß eine solche russisch-deutsche Annäherung zu einer weiteren Abwägung des franko-russischen Bündnisses, dieser Stütze unserer ganzen äußeren Politik der letzten Jahre, führen wird. In Berlin kann dieser Umstand nur Freude erwecken, aber sein Nutzen für unser Land ist zu bezweifeln.“

„Auch unser Versuch, uns Großbritannien zu nähern, ist nicht geglückt. Und Sir Edward Grey ist jetzt sicher im geheimen der englischen öffentlichen Meinung und dem Teile der russischen Presse dankbar, die zu so richtiger Zeit den Besuch der auf die Freiheit ihres Landes so stolzen englischen Flotte in einem Lande, wo die Auflösung der Reichsduma schon vorbereitet wurde, vereitelten.“

„Mit einem Worte verrät unsere ganze äußere Politik eine immer größere Annäherung an die deutsche Diplomatie.“

Die Stimmung im ganzen russischen Volke, so schreibt unser Korrespondent zum Schluß, sei eine derartige, daß wenn ausländische Heere zur Unterdrückung der russischen Revolution herandrängen würden, ihnen Russland ebenso zu antworten verstehen würde, wie seinerzeit das revolutionäre Frankreich den preussischen und österreichischen Invasionstruppen gegenüber. „Das Vaterland ist in Gefahr“ würde dann die Lösung des gegen die fremden Schächer der zarischen Tyrannei sich erhebenden Volkes sein.

Wir glauben, daß auch das offizielle Deutschland sich der unabwehrbaren Gefahren einer so trivialen Intervention bewußt ist. Es genügt aber nicht, daß die deutsche Regierung solche Interventionen abstellen einfach bestreitet, sondern die offiziellen und offiziellen Organe sollten sich hüten, auch nur ihrer platonischen Liebe zur russischen Reaktion allzu unverhohlenen Ausdruck zu geben. Bedeutet doch jede solche Anerkennung eine Stärkung und Herausforderung der großen Welle des russischen Volkes. Und daß die Volksmasse — sei es auch nach jahrelangen blutigen Wehen — über den Absolutismus den Sieg davontragen wird, daran wird ja selbst in der deutschen konservativen Presse kaum noch gezweifelt. Es gäbe aber nichts Thörichteres, als wenn unser ohnehin so isoliertes und unbeliebtes offizielles Deutschland sich auch noch seinen gewaltigen östlichen Nachbarn zum Feind machen wollte!

Deutsches Reich.

Podbielski-Lippelskirch.

Zu der gestrigen Darstellung des Scherl-Plattes über das Verhältnis zwischen dem preussischen Landwirtschaftsminister und der Firma Lippelskirch bemerkt die „Germania“ zunächst, daß diese Darstellung aus dem hannoverschen Bad Neuendorf stamme, wo zurzeit Podbielski weilt. Es könne demnach kein Zweifel darüber bestehen, daß die Darstellung von Podbielski selbst stamme. Ueber die langen Darlegungen selbst sagt die „Germania“:

Diese Darlegung des Herrn Ministers v. Podbielski erscheint uns weder erschöpfend, noch auch geeignet zu sein, als eine volle Rechtfertigung zu dienen...

Wir haben früher bereits auf jetzt noch bestehende Verbindungen des Herrn v. Podbielski zu der Firma Lippelskirch hingewiesen, z. B. auch auf das Immobilien-Syndikat; aber darüber erhalten wir in der „Darlegung“ des „Verl. Lot-Anz.“ nicht den geringsten Aufschluß, nicht einmal eine Andeutung von dem Bestehen dieses Syndikats.

Daß ihre Erzeugin die Frau v. Podbielski eine so tüchtige „Geschäftsfrau“ ist, um ihre Teilnahme an einem so großen Unternehmen ohne jede Beihilfe ihres Herrn Gemahls so geschickt lautmäßig und mit so gutem finanziellen Erfolge zu verwerten, gereicht der Erzeugin gewiß zu großem Ruhm. Herr v. Podbielski hat auch wohl — allerdings erst im Jahre 1900 und nicht schon zu der Zeit, wo er im Jahre 1897 Minister wurde — die Gütertrennung nicht deshalb eintreten lassen, weil er etwa befürchtete, die geschäftlichen Verbindungen seiner Frau könnten vielleicht zu einem Vermögensverfall führen. Es ist ja auch dafür gesorgt, daß die Frau v. Podbielski ihre Verbindlichkeiten im Jahre 1908 lösen kann und bis dahin läuft ja doch der Monopolvertrag mit der Firma Lippelskirch, der sicheren und großen Gewinn liefert. Diese „Gütertrennung“, auf welche Herr v. Podbielski sich beruft, wird in weiten Kreisen des Volkes doch nicht die günstige Deutung finden, die Herr v. Podbielski sich davon zu versprechen scheint. Man wird schließlich wohl auch fragen, wie hoch sich denn jetzt der Anteil bezog. Der Gewinn der Frau v. Podbielski aus ihrer Verbindung mit der Firma Lippelskirch beläuft?

Auch die „National-Zeitung“ kann nicht umhin, den Podbielskischen Rechtfertigungsversuch mit folgenden Anmerkungen zu versehen:

Die Gütertrennung allein tut's nicht. Herr v. Podbielski hätte als Minister besser getan, wenn er seinen ehelichen Einfluß dahin aufgebietet hätte, daß auch seine Gemahlin in Rücksicht auf die Stellung ihres Mannes ihre Geschäftsverbindungen mit einer Hauptlieferungsform des Reiches rechtzeitig und vollständig abgebrochen hätte. Das allein wäre korrekt gewesen. Herr v. Podbielski wird ja, seiner glaubhaften Versicherung nach, auch die neueste Lippelskirch-Affäre „in aller Ruhe“ an sich vorbeigehen lassen. Aber schließlich gibt es für einen Staatsminister doch noch andere Rücksichten, als diejenigen, welche die größere oder geringere Stärke seiner eigenen Kerben ihm zu nehmen gebietet.

Die „Germania“ kündigt an, daß sie sich nochmals eingehend mit dem Fall Lippelskirch beschäftigen werde.

Zur Immunität der Reichstagsabgeordneten.

In der Untersuchungssache wegen Verletzung der Amtsgeheimhaltung, die gegen einige Beamte des Kolonialamtes angestrengt wurde, ist jetzt auch dem Genossen Ledebour eine Vorladung zur Vernehmung als Zeuge zugegangen. Da Ledebour sich zur Erholung in der Schweiz aufhält, konnte er der Vorladung nicht Folge leisten, hat aber, wie er uns mitteilt, dem Untersuchungsrichter angegeben, an welchen Tagen im September oder im Oktober er zur Vernehmung disponibel sein würde. Anknüpfend daran hat unser Genosse dem Untersuchungsrichter dann noch folgendes geschrieben:

Gleichzeitig gestatte ich mir aber die folgenden Bemerkungen Ihrer Ermüdung anheimzustellen:

Wir würde es an sich völlig unerlässlich sein, worin der Anlaß zu meiner Vorladung als Zeuge in einer „Strafsache gegen Goeh und Genossen wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses“ zu suchen ist. Aus den Zeitungen habe ich jedoch ersehen, daß in dieser Sache der Herr Reichstagsabgeordnete Erzberger als Zeuge vorgeladen und dabei einem Verfahren unterworfen wurde, das auch ich als eine Verletzung der Abgeordneten-Immunität auffasse. Es liegt daher die Vermutung nahe, daß es sich bei der an mich ergangenen Vorladung um einen Versuch handelt, jenes Verfahren aufs Geratewohl auch auf andere Reichstagsabgeordnete auszu dehnen, die koloniale Angelegenheiten im Reichstag behandeln.

Ich halte es deshalb für zweckmäßig, um Ihnen und mir selbst eine überflüssige Mühe zu ersparen, von vornherein zu erklären, daß ich es grundsätzlich ablehnen würde, mich überhaupt auf eine Vernehmung einzulassen, die sich auf die Wahrnehmung meines Mandats als Reichstagsabgeordneter bezieht, da ich durch jedwede Kommitenz gegen eine solche Zumutung meine Pflicht gegenüber dem Reichstag, dessen Immunität jeder einzelne Abgeordnete zu wahren hat, gröslich verletzen würde.

Hochachtungsvoll

Georg Ledebour.

Ein Zentrumsurteil über die Kolonialpolitik.

Das neueste Heft der „Historischen pol. Blätter“, eines einflussreichen bayerischen Zentrumsorgans, äußert sich über die deutsche Kolonial- und Weltpolitik folgendermaßen:

„In den letzten zehn Jahren erzielte keine Diplomatie mehr Mißerfolge als die deutsche. Wir können nur noch den Spaniern halbverlorene Inseln um ein Geldbündel abklaufen und mit Chinesen Pachtverträge schließen, kraft deren wir für die Japaner arbeiten dürfen; bis dato hat nämlich Japan allein den Vorzug aus den 100 Millionen Mark, die wir an Kiautschow verbraucht haben. Der Handel Deutschlands in diesem Plag an der Sonne ist verschwunden; er beträgt nicht einmal eine Million Mark, und unser Handel mit China nimmt von Jahr zu Jahr ab statt zu... Es gelingt nichts mehr!“ Dieses Wort Windhorsts in der Periode des Fürsten Bismarck trifft auch für die Auslandspolitik des vierten Reichskanzlers zu, und was in der Inlandspolitik zustande kommt, das leisten die Arbeitspferde Posaadowsky, Einem, Studt, Stengel und wie sie alle heißen.“

Wehnlich so pflegt ja auch Herr Erzberger über die deutsche Kolonialpolitik herzugehen. Dabei bewilligt das Zentrum der Regierung Kruppellos die Mittel für diese aberwichtige Kolonial- und Weltmachtspolitik!

Das genannte bayerische Zentrumsorgan verlangt ferner vom Zentrum, im preussischen Landtage im kommenden Herbst einen Gesetzentwurf über die Einführung des gleichen Wahlrechts einzubringen. Auch dafür wird das Zentrum nicht zu haben sein; erklärte doch der Abg. Dr. Vorck am 23. März d. J. namens der Zentrumsfraktion im preussischen Abgeordnetenhause: „Wir müssen dafür der Regierung die Initiative überlassen.“

Diese verlogene, vollverräterische Haltung des Zentrums sowohl in der Reichs- wie in der preussischen Politik verdient immer von neuem gebändert zu werden!

Eine Polizeiat in Ia Breslau.

Am Montag meldete der Kölner Polizeibericht, daß in der verflochtenen Nacht in dem Vororte Köln-Vickendorf bei einem Zusammenstoß zwischen zwei Schutzmännern und einer größeren Menschenmenge der Tagelöhner Verndgen durch einen im Handgemeine losgegangenen Schuß aus dem Revolver eines Schutzmannes, der im Gebrauche seines Säbels gehindert wurde, verletzt worden und in seiner Wohnung gestorben sei. In dieser Form hat die Darstellung auch Eingang in die bürgerliche Presse Deutschlands gefunden. Sie rührt offenbar von den beiden an der Sache beteiligten Schutzleuten her. Von einem „losgegangenen“ Schuß kann aber schon deshalb nicht die Rede sein, weil der Schutzmann drei Schüsse auf den Getöteten abgegeben hat, die sämtlich getroffen haben. Auch die Behauptung von dem „Zusammenstoß“ mit einer „Menschenmenge“ wird von den Zeugen des Vorfalls aufs entschiedenste bestritten. Die Menge habe sich erst eingefunden, als Verndgen bereits erschossen war, und die Angriffe der Menge auf die Schutzleute seien der Ausfluß der Empörung über die Mutilation gewesen. Gegenüber der Darstellung der beiden Polizeibeamten erklärt die Frau des Erschossenen, eines etwa vierzig Jahre alten, allgemein geachteten Mannes und Vaters von neun Kindern: Wir waren von einer Versammlung des Kriegervereins heimgekehrt und im Begriff, zu Bett zu gehen. Da hörte mein Mann draußen singen und er sah, wie zwei Schutzleute mit gezogenem Säbel hinter zwei jungen Leuten selbemowärts liefen. Aus Neugier begaben wir uns auf die Straße. Dort schlugen die inzwischen zurückgekehrten Schutzleute ohne jede Veranlassung auf meinen Mann ein. Den ersten Schlag erhielt er mit einem Revolver gegen die Stirn. Trotz seiner stehenden Witten schlugen die Schutzleute dann auf meinen Mann, mich und unsere beiden 14-15jährigen Söhne. Der Schutzmann Weß schoß jetzt zwei Revolverkugeln auf meinen Mann ab. Dieser schrie: Ich bin getroffen, ich sterbe! Aber der Schutzmann ließ nicht von ihm los, sondern kniete sich auf ihn und schoß ihm eine dritte Kugel in den Leib. Eine Kugel sibt über den Schamteil eine unterhalb der Brust und eine dritte streifte das Nasenbein und versenkte das Gesicht. Ferner hat die Leiche schwere Hieb- oder Stichwunden und blutunterlaufene Striemen. Mein Mann ist in der ganzen Bürgerchaft als ehrenhaft und charaktervoll bekannt. Der Schutzmann warf nach der Tat den Revolver weg und suchte das Weite. Auf meinen Hülfeschrei erschienen erst Leute, die meinem Manne beistanden. Die beiden Schutzleute kammerten sich nicht um ihr Opfer.

Die Darstellung der unglücklichen Frau wird durch sämtliche Begleitumstände und durch den Befund der entsehtlich zugerichteten Leiche in allen Teilen bestätigt. Die Frau selber hat bei der Affäre einen Säbelhieb über die Hand erhalten.

Ausland.

Schweiz.

Jülich, 6. August. (Fig. Ver.) Der erste Versuch der Disstruktionspolitik unserer Partei in der neuen Vera der Reaktion ist mißlungen. Die Schützenstrahlen-Vorlage ist gestern in der Volksabstimmung der Stadt Jülich bei schwacher Beteiligung der Stimmberechtigten mit 8419 gegen 8018 Stimmen angenommen worden. Das Arbeiterquartier Außersich brachte zwar eine Mehrheit von 4117 gegen 3003 Stimmen dagegen auf, allein da die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen in diesem Stadtteil circa 7000 beträgt, sind 3000 zu Hause geblieben, so daß die Bürgerlichen mit der kleinen Mehrheit von 400 Stimmen siegen konnten. Die politische Gleichgültigkeit der schweizerischen Arbeiter ist geradezu ein Unglück.

Italien.

Der Papst gegen die Christlichsozialen.

Rom, 4. August. (Fig. Ver.)

Bieder einmal hat sich der heilige Stuhl bemüht, gegen die Schwärmer und Missionäre den Saar zu stechen, die an die Möglichkeit einer Durchdringung der Kirche mit modernem Geiste, an eine Anpassung des Statopolitismus an die Forderungen der Neuzeit glauben. In seiner jacobinischen Engherzigkeit gegen die Christlichsozialen hat der Papst mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gesagt, daß die Kirche nicht gewillt ist, ihren Pflichten irgend welche Denk- und Handlungsfreiheit auf politischem und sozialem Gebiet einzuräumen. Sein Schreiben fordert die Bischöfe auf, den Geist der Unabhängigkeit und Insubordination auszurotten, der sich besonders im jüngeren Klerus geltend macht. Im diesen Uebel zu steuern, sollen die Bischöfe den Unterricht in den Seminaren auf das strengste überwachen und das Eindringen moderner Theorien verhindern.

Die Bischöfe sollen die allergenaueste Ueberwachung über die Lehrer und ihre Lehren ausüben und diejenigen zu ihrer Pflicht hinarufen, die hinter gefährlichen neuen Theorien herlaufen und sollen alle ohne Rücksicht von dem Unterricht ausschließen, die den Ermahnungen nicht Folge leisten. Der Versuch der öffentlichen Universitäten soll den jungen Klerikern nur aus den allerersten Gründen und unter strengster Aufsicht von Seiten der Bischöfe erlaubt werden. Es ist auf alle Fälle zu verhindern, daß die Jüglinge der Seminarien irgendwie teilnehmen an den Agitationen der Außenwelt; deshalb verboten wir ihnen das Lesen von Zeitungen und Zeitschriften, mit Ausnahme solcher Blätter, die wegen der Festigkeit ihrer Grundzüge von den Bischöfen für die Studien der Jüglinge für nützlich gehalten werden.“ Von der Kanzel sollen alle nicht direkt das religiöse Leben angehende Fragen verbannt bleiben; besser als solche Fragen zu behandeln, beschränke sich der Pfarrer auf Homilien und Katechismus.

Dann kommt der Brief auf die Lega democratica nazionale, den Verband der Christlichsozialen zu sprechen und verbietet den Klerikern und Priestern, bei Strafe der Suspendierung a divinis ihm beizutreten.

Jede Sprache, die dem Volke Abneigung gegen die oberen Klassen einflößen soll, muß als dem wahren Geiste christlicher Liebe ganz und gar entgegenstehend betrachtet werden. Auch ist in den katholischen Veröffentlichungen alles zu vermeiden, was von ungesundem modernen Theorien angefüllt, die Frömmigkeit der Gläubigen verachtet und von neuer Orientierung des christlichen Lebens, von neuer Ausrüstung der Kirche, von neuen Aspirationen der modernen Seele, von neuen sozialen Aufgaben des Klerus, von neuer christlicher Kultur und ähnlichem handelt.“

Vor allem also ist die Lösung: nur nichts Neues. Diese Lösung selbst ist uralte. Früher hatte sie den Scheiterhaufen zur Verfügung, heute die harmlose Erzählung, die der jungen Christlichsozialen Partei, deren Seele Don Romolo Murri ist, die Erstzwingungsmöglichkeit nehmen will. Diese Partei, die sich in geistlichen Dingen der Kirche unterwirft, in politischen aber frei sein will, hat ein soziales Programm, dem es nicht an modernen Gesichtspunkten fehlt. Es ist nur logisch, daß Pius X. diesen Schwärmern die Alternativen stellt: laßt Eure sozialen und demokratischen Aspirationen fallen oder tretet aus der Kirche aus. In der Tat kann es keinen größeren Anachronismus geben, als den, eine demokratische, auf die Hebung der Massen gerichtete Aktion zu wollen und dabei in Frieden mit der kirchlichen Obrigkeit zu leben. Wer bliebe denn noch der heutigen Ordnung treu, wenn es die heilige römisch-katholische Kirche nicht täte?

Anarchistenfurcht. Die italienische Polizei setzte die Polizeibehörden sämtlicher Staaten in Kenntnis, daß verschiedene als Anarchisten bekannte Agitatoren in letzter Zeit aus Nordamerika eingetroffen seien oder noch eintreffen werden. Die notwendigen Maßnahmen sind getroffen worden.

Unzufriedene Polizei. In Mailand herrscht unter den Carabinieri große Erregung. Am Dienstag fanden zahlreiche Versamm-

lungen statt, in welchen über die Forderungen der Mannschaften beraten wurde. Diese Forderungen betreffen nicht nur den Sold, sondern auch den Dienst. Die Regierung erklärt in einem Communiqué, daß die Unzufriedenheit der Karabinieri unberechtigt sei. Trotzdem habe sie aber Maßnahmen getroffen, um deren Forderungen entgegenzukommen.

Norwegen.

Die Stortingswahlen.

Am Sonntag haben die Wahlen zum norwegischen Parlament begonnen. Gewählt wurde in den fünf Wahlkreisen des nördlich von Kristiania gelegenen Kristiansamtes. Im Wahlkreise Søndre Gudbrandsdalen siegte der Kandidat der demokratischen Arbeiterpartei F. E. J. mit 1840 Stimmen über den Kandidaten der Sammlungspartei, der 1251 Stimmen erhielt. Jede ist einer derjenigen, die im vorigen Jahre eifrig für die Einführung der republikanischen Staatsform agitierten; seine Wahl ist eine überraschend gekommene Niederlage für die Regierungspartei. Der Sieg fiel dieser, der Sammlungspartei, in Toten, dem alten Wahlkreis des radikalen Politikers K. A. N. zu. Hier wurde ihr Kandidat Wahl mit 1840 gegen 1778 Stimmen, die K. A. N. erhielt, gewählt. K. A. N. wurde jedoch im Wahlkreise Nordre Gudbrandsdalen, wo die Sammlungspartei zwei Gegenkandidaten aufgestellt hatte, mit 1204 Stimmen gewählt. — In Habeland und Lands Wahlkreis muß eine Stichwahl zwischen den Kandidaten der demokratischen Arbeiterpartei und der Sammlungspartei stattfinden. In Balders Wahlkreis ist, wie berichtet wird, der Sammlungskandidat gewählt worden.

Die Sozialdemokratie war an diesen ersten Stortingswahlen nicht beteiligt. Die Wahlen werden in ihrem weiteren Verlauf wohl noch manche Überraschung bringen, besonders infolge der Einführung des direkten Wahlsystems samt Stichwahlen, dann aber auch infolge der Befreiung des Unionsstreites, des kräftigsten Agitationsmittels bürgerlicher Parteien, schließlich aber auch in nicht geringem Maße infolge des Fortschrittes der sozialdemokratischen Aufklärung der Arbeiterschaft.

Türkei.

Neuernde Truppen. Aus Konstantinopel wird vom 8. August durch das Wiener Telegraphen-Korrespondenz-Bureau gemeldet:

Es verlautet, daß auf dem türkischen Transportschiffe „Taj“, das von Trapezunt mit Kisten nach Jemen gehen sollte, eine Meuterei ausgebrochen und das Schiff dadurch gezwungen gewesen sei, nach Trapezunt zurückzukehren.

Bulgarien.

Ein wildes Land. Aus Sofia wird der „Leipz. Volksz.“ gemeldet, daß unsere bulgarischen Genossen unter Mitwirkung des russischen Schriftstellers K. J. Koljasko-Korjeb eine Protestversammlung einberiefen, die der russischen freiheitlichen Bewegung ihre Sympathien ausdrückte. Der offizielle Vertreter Rußlands reichte darüber bei der bulgarischen Regierung einen schriftlichen Protest ein und fragte, welche Maßregeln sie ergreifen werde, damit sich solche Vorgänge nicht wiederholten. Die Regierung antwortete, daß sie keinerlei Maßregeln ergreifen werde, denn die Verfassung garantiere die vollste Versammlungsfreiheit.

So handelt die Regierung eines kleinen, von der russischen Regierung stark abhängigen Balkanstaates. Das große Deutsche Reich aber ist — kein wildes Land! —

Amerika.

Amerikanisch-japanischer Zwischenfall.

Die New Yorker „Tribune“ meldet aus Washington, daß dort ein amtlicher Bericht eingelaufen sei, der besage, daß fünf Japaner bei den Aleuten, wo sie anscheinend widerrechtlich gefischt hätten, von Amerikanern erschossen worden seien. Später traf der amerikanische Jollutter Mc. Culloch ein und nahm 12 oder mehr Japaner wegen widerrechtlicher Fischelei fest. Das Staatsdepartement wird dem japanischen Botschafter von diesem Bericht Kenntnis geben und sein Bedauern über die summarische Behandlung der Uebertreter ausdrücken.

Gewerkchaftliches.

Die empfindlichen Elemente.

Wenn irgendwo ein Streik erklärt ist und ein Arbeiter den Streikbeschuß durchbricht, dann liegt nichts näher, als daß seine Kollegen ihn als Streikbrecher bezeichnen. Streikbrecher schämen sich aber ihrer Tätigkeit und ihre empfindliche Seele zuckt, wenn man ihrer Handlung bei Namen nennt. Sie wandten sich deswegen wiederholt an die bürgerlichen Gerichte, die denn auch dem Seelenzustand der nützlichen Elemente Rechnung trugen und das Wort „Streikbrecher“ aller Logik zum Trotz für eine Beleidigung erklärten.

Seitdem quälten sich die Arbeiter vergeblich, für die ungeschöne Handlung der Streikbrecher ein schönes Wort zu finden, das ihnen vor Gericht nicht als beleidigend ausgelegt werden kann. Jede neue Bezeichnung für den Streikbruch gefällte den Verrätern an der Arbeiteracke so wenig, wie die ursprüngliche und sachlich einzig richtige: Streikbrecher.

Auch vor dem hiesigen Schöffengericht quälte man sich gestern mit einer neuen Benennung für die dem Staate so nützlichen Elemente umher. Drei Stukfateure waren wegen angeblichen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung und Beleidigung angeklagt, weil sie gelegentlich einer Unterhandlung mit dem Unternehmer Wahinger wegen Aufhebung der Sperre in Beziehung auf die Arbeitswilligen Kiebler und Schreiber den Ausdruck Streikbrecher gebraucht, und schließlich, um letzteren Ausdruck zu vermeiden, die Arbeitswilligen als „Nichttraucher“ bezeichnet hatten.

Die Frage des Gerichtsvorsitzenden, was das Wort Nichttraucher im Verufe bedeute, wird seitens der Angeklagten dahingehend beantwortet, ein Nichttraucher sei ein Kollege, der sein Wort nicht halte. Man habe den Ausdruck lediglich deshalb gewählt, um Beleidigungen zu vermeiden, denn man wisse nicht mehr, wie man die Streikbrecher eigentlich nennen solle. Der Buchhalter jener Firma, ein Herr Gase, der der Verhandlung beigewohnt hat, ist der Ansicht, Streikbrecher bedeute eine Gerabwürdigung; nicht beleidigend hingegen sei das Wort Arbeitswilliger, das klinge feiner.

Der Arbeitswillige Kiebler sagt, Streikbrecher bedeutet in Arbeiterkreisen soviel als Verbrecher.

Vorsitzender: „So? Na, wie wollen Sie denn unter solchen Umständen bezeichnen sein?“

Neuge Kiebler: „Na, als Streikbrecher nicht.“

Vorsitzender: „Na, wie denn?“

Arbeitswilliger Kiebler: „Dieber gar nicht.“

Der Staatsanwalt fand das Wort Nichttraucher ehrenrührig und das Gericht löste das schwierige Problem dadurch, daß es die Angeklagten wegen Beleidigung mit Strafen von 10 bis 30 M. belegte. Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung wurde nicht als vorliegend angenommen und anerkannt wurde, daß die Angeklagten berechnete Interessen wahrgenommen haben.

Man sieht, daß man für Arbeitswillige schwer Worte findet. Sie wollen „lieber gar nicht“ bezeichnet werden, denn wie man auch ihre Handlung kennzeichnen möge, jede Bezeichnung derselben trifft eine Wunde Stelle. Nicht einmal der feiner klingenden Titel „Arbeitswilliger“ mögen sie hören! „Dieber gar nicht!“

Berlin und Umgegend.

Lehnbewegung der Paketfabrikanten. Wie bereits in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ bemerkt worden, sind die Angestellten, Kutscher, Schaffner und Bodenarbeiter bei der Berliner Paketfabrikgesellschaft (Stark u. Co.) in eine Lehnbewegung eingetreten. Die Angestellten wünschen diejenigen Lohn- und Arbeitsbedingungen für sich eingeführt zu sehen, welche für ihre Kollegen in den übrigen Expeditionsbetrieben Berlins durch Lehnbewegung im vorigen Jahre erzielt wurden. Als Anfangslohn verlangen sie 24 resp. 23 M. und nach einem Jahre 26 resp. 25 M. pro Woche. Die Direktion hat bis jetzt eine Verhandlung mit der Lohnkommission und besonders eine solche mit dem Verbandsvertreter A. Werner abgelehnt. Die Direktion stellt sich ferner auf den Standpunkt, daß die Abmachungen, welche sie 1905 mit ihren Angestellten vereinbart hat, auf zwei Jahre Gültigkeit haben, obgleich in der schriftlich festgelegten provisorischen Vereinbarung über die Gültigkeitsdauer überhaupt nichts gesagt ist. — Die Angestellten haben infolgedessen am Dienstag zu der Sache erneut Stellung genommen und die Kommission beauftragt, unter Dinuzugleichung des Verbandsbevollmächtigten Werner noch einmal bei der Direktion vorzusprechen. Am Freitag soll dann erneut zu der Antwort der Direktion Stellung genommen werden. — Es ist eigentlich recht sonderbar, daß die Direktion der Paketfabrikgesellschaft, die in neuerer Zeit den Versuch macht, mit den Berliner Gewerkschaftsvorständen in geschäftliche Verbindungen zu treten, in ihrem eigenen Betriebe mit der Organisation nichts zu tun haben will. Vielleicht richten die Gewerkschaftsvorstände ihre Augenmerks auf den Verlauf dieser Bewegung und richten ihre mit der Paketfabrik zu treffenden geschäftlichen Maßnahmen danach ein.

Die Hausdiener und Packer in den Leder-Engros- und Kommissionsgeschäften Berlins nahmen vorgestern in einer Versammlung Stellung zur Einleitung einer Lohnbewegung. Die Forderungen derselben gehen auf eine Regelung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes, Abschaffung des Zeitgeldsystems. Die Löhne betragen bisher 18, 19, 21—24 M. bei dieser schweren Arbeit. Auf Handwagen fahren die Leute zwischen den 12 bis 15 Zentner durch die Stadt. In meist schlechten Kelleräumen wird den ganzen Tag mit Bürden von 4 bis 5 Zentner hantiert. Eine Kommission zur Aufnahme einer Lohnstatistik sowie zur Ausarbeitung der Forderungen wurde von Mitgliedern des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter gemeinschaftlich mit dem Verein Berliner Hausdiener zusammengesetzt. In einer Resolution wurde das Verhalten eines großen Teils der Mitglieder des Unterfüttersbundes der Lederhausdiener gerügt, und verpflichtet sich die Versammelten, für den weiteren Ausbau der maßgebenden Organisation zu sorgen, um die Lohnbewegung auch siegreich zu Ende führen zu können.

Der Streik in der Gummifabrik Schwann u. Co. beschäftigte am Dienstag das Gewerbegericht in Groß-Vichtersfelde. Die Einigungsverhandlungen sind leider infolge des gänzlich ablehnenden Standpunktes der Direktion gescheitert. Bezeichnend ist, daß die Direktion nur unter der Bedingung zu Verhandlungen vor dem Einigungsamt sich bereit erklärte, daß der Verbandsvorsitzende Dr. Bruns nicht zugezogen würde. Den Arbeitern der Gummifabrik wurden seitens der Fabrikleitung seinerzeit die bisher üblichen und bewilligten Gratifikationen (100 M. zu Weihnachten und Prämie von 300 M. nach 10jähriger Beschäftigung) mit einem Federstrich entzogen. Sie verlangten daher eine entsprechende Lohnerrhöhung von 2 M. pro Woche für männliche und 1 M. pro Woche für weibliche Arbeiter. Nach wiederholter Ablehnung dieser Forderung durch die Fabrikleitung traten die Arbeiter in den Ausstand, der nun bereits sechs Wochen dauert. Die beiden Direktoren Spannagel und Krödel geben zu, daß diese Gratifikationen früher bestanden und dann aufgehoben worden seien. Es habe sich jedoch nur um freiwillige Zuwendungen gehandelt, ohne jeden verpflichtenden Charakter. Nachdem aber die Löhne gegen früher erhöht worden und auch der Gehalt des Unternehmers nicht mehr so hoch sei, könnten diese Gratifikationen nicht mehr bewilligt werden. Als Hauptgrund der Entziehung gab jedoch der Direktor Spannagel die Zugehörigkeit der Arbeiter zum Verbands an. Auf die Anfrage des Weisfingers Wenzel, wie hoch denn die letzte Dividende der Aktionäre der Gummifabrik gewesen sei, antwortete der Direktor Krödel in hochgradiger Entzückung, daß dies niemand etwas angehe. Der Vertreter der streikenden Arbeiter Witter wies die Verächtlichkeit der Forderung für den durch Entziehung der Gratifikationen erlittenen Ausfall nach. Die Erhöhung der Löhne sei lediglich den Handwerkern und gelehrten Arbeitern (Drehern) zugute gekommen, während alten Arbeitern nichts zugelegt worden sei. Nach der Auslassung des Direktors Spannagel sei die Entziehung der Gratifikation demnach die Strafe für das Bestreben der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern und der Organisation anzugehören. Die Arbeiter seien zum Entgegenkommen bereit und würden einen billigen Vergleich nicht ablehnen. Weisfingers Wenzel wies darauf hin, daß nach ständiger Praxis der Gewerbegerichte diese Gratifikationen einen Teil des Lohnes bildeten und auch zur Bestreuerherangezogen würden. Es sei selbstverständlich, daß nach Wegfall der Gratifikationen eine Lohnerrhöhung eintreten müsse. Die von der Gummifabrik gezahlten Löhne seien nicht derart, daß man eine Familie damit unabhängig ernähren könne. Die Vergleichsvorschläge der Arbeitnehmer, Dreiviertel oder Zweidrittel des geforderten Mehrlohnes zu bewilligen, wurden von der Direktion abgelehnt, ebenso ein weiterer Vorschlag des Arbeitgebervertreter Schumann auf Ausarbeitung eines bestimmten Lohnstarifes. Die Frage des Vorsitzenden, ob nach Wiederaufnahme der Arbeit die Direktion eventuell bereit sei, eine Erhöhung der Löhne eintreten zu lassen, wurde verneint.

Es ist bezeichnend für den Herrenstandpunkt der beiden Fabrikvertreter, daß sie selbst auf die Anfrage des Vorsitzenden, ob nach Aufhebung des Streiks seitens der Fabrik keine Aussperrungen erfolgen würden, erklärten, darauf keine Antwort geben zu können.

Alle Aufforderungen des Vorsitzenden an die beiden Direktoren, doch ihrerseits Vergleichsvorschläge zu machen, waren nutzlos. Sie verharteten auf ihrem vollständig ablehnenden Standpunkt. Weisfingers Wenzel stellte fest, daß trotz weitestem Entgegenkommens der Arbeitnehmer die Arbeitgeber zu keinem Zugeständnisse zu bewegen seien. Die Verhandlungen würden also scheitern lediglich an dem Verhalten der Unternehmer. Er wolle hier noch einmal öffentlich konstatieren, daß nach der Erklärung des Direktors Spannagel die Gratifikationen hauptsächlich wegen der Zugehörigkeit der Arbeiter zur Organisation entzogen worden sind. Das sei der springende Punkt. Das Verhalten der beiden Arbeitgebervertreter lasse daraus schließen, daß es auf eine Machtprobe abgesehen sei, bei der nicht die Lohnfrage, sondern die Organisation der Arbeiter im Betracht komme.

Nach einem weiteren vergeblichen Vergleichsversuch des Vorsitzenden schloß derselbe die Sitzung unter dem Ausdruck des Bedauerns über deren Erfolglosigkeit.

Herr Friseur Batsche in der Gothenstr. 40 zu Schöneberg ersucht uns, mitzuteilen, daß er seine Bewilligung nicht zurückgezogen habe. Er habe nur auf sein Ansuchen dem Verband keinen Gehülfen erhalten können und sich deshalb notgedrungen anderwärts einen Gehülfen verschafft, den er aber sofort auf seine Organisationspflicht aufmerksam gemacht habe.

Achtung, Textilarbeiter und Arbeiterinnen! Die Situation der streikenden Teppicharbeiter und Arbeiterinnen in Stralau hat sich bis jetzt noch nicht geändert. Nur wäre mitzuteilen, daß jetzt die Angestellten und Meister zu Hausgehilfenleistungen verdonndert werden, um die Maschinen nicht verrotten zu lassen. Die Drohung der Firma, daß sie den Betrieb zurückziehen oder verkaufen werde, ist damit wohl kaum im Einklang zu bringen. Auch bezüglich des Kostenpunktes scheint die Firma sich etwas zu leisten, indem den Leuten, welche im Betrieb zurückblieben, Angestellte und Kasse gegeben wird. Da keine Kündigungskarte besteht, so will man den Arbeitern jetzt die Entlassung zur Verfügung stellen, um dieselben kassieren zu machen. Es sind dieselben Randver, welche bei ähnlichen Anlässen angewandt wurden. Die Stimmung ist eine vorzügliche; die Versammlungsteilnehmer sind stets von gutem Geiste befeelt, so daß man seitens der Firma einsehen wird, daß alle Mühe vergebens ist, die Einigkeit zu zerstören. Auch haben sich die Kollegen und Kolleginnen anderer Betriebe der Branche mit den Streikenden solidarisch erklärt. Dieselben sind der Auffassung, daß gerade der Ausgang dieses Lohnkampfes auch bedeutungsvoll für ihre Verhältnisse ist. Vor allen Dingen möge jeder darauf achten, daß Zuzug von Textilarbeitern nach Stralau vermieden wird, damit der Sieg ein vollständiger wird. Das Streikbureau befindet sich bei Rümpler, Stralauer Allee 22.

Deutsches Reich.

Die Tischler zu Essen, die, wie wir gestern schon telegraphisch mitteilten, in den Streik getreten sind, verlangen in der Hauptsache 9/10-stündige Arbeitszeit und Erhöhung des zurecht 48 Pf. betragenden Stundenlohnes auf 50 Pf., ab 1. Oktober 1907 auf 53 Pf. und ab 1. August 1907 auf 55 Pf. Die Firmen Kasse, Richards, Philippsburg und Leberfeld haben die Forderungen bewilligt und den neuen Tarif unterschrieben.

Achtung, Schuhmacher!

Die Maßregelung von drei Kollegen, sowie menschenunwürdige Behandlung seitens der Werkmeister hat die Zwickler der Schuhfabrik von Dorndorf u. Comp. in Breslau zur Niederlegung der Arbeit veranlaßt. Die Firma hat darauf einen anderen Teil der Arbeiter veranlaßt, gleichfalls zu gehen. Der Streik ist somit allgemein. Die Kollegen Deutschlands eruchen wir, Arbeit in Breslau nicht anzunehmen, schon deshalb nicht, weil die Löhne überaus niedrig sind.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.
Zentralverband der Schuhmacher, Gau Breslau.

Ein Streik der Fuhrleute in den Ost-Fuhrwerksbetrieben ist zu München ausgebrochen. In über 400 Betrieben haben die Fuhrleute, die im Handels- und Transportarbeiter-Verband organisiert sind, die Arbeit niedergelegt. Sie fordern einen Minimallohn von 24 M. Bekanntlich inszenierten die Fuhrwerksbesitzer im vergangenen Winter selbst einen Streik, um vom Stadtbauamt und den Baumeistern höhere Fuhrlohn zu erreichen. Dieser Streik hatte nur teilweise Erfolg. Die minimalen Erhöhungen gingen alsbald wieder verloren, da es unter den Fuhrwerksbesitzern an der nötigen Solidarität mangelte und sich ein Teil der Unternehmer zu niederen Preisen anbot. Als seitens der Organisation das Einigungsamt angerufen wurde, erklärten die Fuhrwerksbesitzer, daß es ihnen nur angenehm sei, wenn die „Aechte“ in den Streik treten, da sie dann eine Handhabe hätten, von den Behörden und den Baumeistern bessere Fuhrlohn zu verlangen. Bis Montag mittag haben sechzig Fuhrwerksbesitzer bewilligt. Die in diesen Betrieben beschäftigten Fuhrleute tragen einen gelben, mit dem Stempel der Organisation versehenen Fettel mit der Aufschrift: „Taristreu“ am Güte, da sich die Bauhilfsarbeiter weigern, Streikbrechern beim Auf- und Abladen der Lasten behilflich zu sein. Die Fuhrwerksinnung, von der Solidarität ihrer „Aechte“ überrascht, hat nunmehr selbst das Einigungsamt angerufen, obwohl sie es noch vorige Woche ablehnte, in Verhandlungen einzutreten.

Zur Aussperrung der Wütcher in München.

Die seit acht Wochen andauernde Wütcheraussperrung in München hat sich zugunsten der Aussperrten gewendet. Auf den von einzelnen Sektionen des sozialdemokratischen Vereins über sechs Brauereien verhängten Boykott haben die Münchener Gastwirte in einer äußerst stark besuchten Versammlung Stellung genommen, um eine weitere Schädigung hintanzuhalten. Sie haben Kommissionen gewählt, die von den Brauereibesitzern verlangten, unverzüglich auf die Wütchermeister zwecks Bewilligung der Forderungen der Gehülfen einzuwirken. Diese Vorstellungen hatten den Erfolg, daß vier Brauereien den Wütchermeistern die Entziehung der Arbeit in Aussicht stellten, falls sie nicht die Forderungen der Gehülfen bewilligten. Daraufhin haben einige Großmeister die Forderung der Gehülfen bewilligt; alle alten Leute werden wieder eingestellt und die Arbeitswilligen entlassen. Dadurch wurde Wreche in die Meistervereinerung gelegt. Es besteht begründete Aussicht, daß die übrigen Unternehmer ebenfalls kapitulieren. Zuzug von Wütchern ist zunächst noch strengstens fernzuhalten.

Eingegangene Druckschriften.

Roland, Monatschrift für freirechtliche Erziehung in Haus und Schule. Herausgegeben von einer Vereinigung Bremerischer Lehrer. Bezugspreis: 2 M. jährlich. Einzelheft 40 Pf. Verlag Alfred Janke, Hamburg.

Multireiterer Führer durch Rannheim nebst Ausflügen in die Umgegend. Plan der Stadt und Karte der Umgegend. (Wochenscheftsbücher.) Preis 50 Pf. Boeris Reichsdrucker-Verlag, Leipzig.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kohlenstaubexplosion.

Braunschw. 8. August. (W. S.) Auf der Braunkohlengrube „Victoria“ bei Höfenleben wurden gestern abend infolge einer Kohlenstaubexplosion 10 Arbeiter verletzt, jedoch voraussichtlich nicht lebensgefährlich.

Arbeiterriß.

Trier, 8. August. (W. S.) Von einem Neubau in Eitelbrück stürzte ein Steinblock ab. Von sechs Arbeitern, die von dem Stein getroffen wurden, waren zwei sofort tot, die vier anderen mehr oder minder schwer verletzt.

Das Ministerium perfekt.

Petersburg, 8. August. (W. S.) Die Rekonstruktion des Kabinetts ist nunmehr perfekt. In das Ministerium treten neu ein Sifonow und Fürst Wassiljtschilow. Zum Oberprokurator des heiligen Synod wurde der stellvertretende Minister für Volksaufklärung Jzwolski ernannt.

Ein Dementi.

Petersburg, 8. August. Die Petersburger Telegraphenagentur ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die von der „Romoje Brestja“ verbreiteten Gerüchte über die unmittelbare bevorstehende Einsetzung eines Generalissimus für die Garde und die gesamte übrige Armee und Uebertragung dieser Stellung an den Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch jeder Begründung entbehren.

8. Generalversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands.

Leipzig, 7. August, Vormittags-Sitzung.

Die Debatte über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt. Reuring-Dresden führte aus, wenn man auch auf dem Standpunkt stehe, daß die sogenannten wilden Streiks eingedämmt werden müßten, so könne man sich doch der Tatsache nicht verschließen, daß ohne diese Streiks der große Mitgliederzuwachs nicht zu erreichen wäre.

Rnóchel-Offenbach wünscht eine bessere Regelung der Kassenkontrolle. Es sei notwendig, daß die Belege über die Ausgaben der Lokalkassen an die Hauptkasse eingesandt würden. Greif-Gotha behauptet, daß der Vorstand sich weigere, bei Einstellung von Gaubeamten Gelder zu bewilligen.

Von verschiedenen Rednern wurde darüber geklagt, daß der Vorstand nicht genügend Aufschluß gegeben habe über die Notwendigkeit der Einführung einer Extrasteuer, was um so notwendiger gewesen wäre, weil die Steuer zu einer ganz ungünstigen Zeit erhoben worden sei.

Blume-Oberstedt plädierte für eine Erhöhung der Streifunterstützung. Unterstützungen von 8 und 10 M. wöchentlich seien nicht ausreichend.

Stille-Bergedorf wünschte, daß die Anstellung von Hilfskräften nicht vom Vorstande allein vorgenommen würden, sondern daß in jedem Falle die Zustimmung des Ausschusses eingeholt werden soll.

Der Antrag, die Gaudersammlungen nur alle zwei Jahre, und zwar nach dem Verbandstage abzuhalten, wurde allgemein als zweckmäßig bezeichnet.

In seinem Schlusswort bemerkte der Verbandsvorsitzende Dren, es seien in der Debatte sehr viele Dinge vorgebracht worden, die man sich hätte sparen können, ohne bei seinen Mandatgebern in den Verdacht zu kommen, die Interessen der Mitglieder hier nicht genügend vertreten zu haben.

Er könne sich mit dem Verlangen, den Gauleitern mehr Spielraum zu lassen, nicht einverstanden erklären. Das entscheidende Wort müsse der Vorstand haben, der ja auch die Verantwortung zu tragen habe. Wenn gesagt worden sei, die Extrabeiträge könnten teilweise nicht getragen werden, so sei das unzutreffend.

Es folgten eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Hierauf wurden die Anträge angenommen. Der Kölner Antrag wegen der jährlichen Herausgabe eines Handbuchs wurde dem Vorstande überwiesen.

Der Vorstand und Ausschuss werden verpflichtet, zu erwägen, ob nicht die vorhandene Buchführung im Kassenwesen noch übersichtlicher zu gestalten ist.

Der Verbandstag erklärt sich mit den ausgeschriebenen Extrabeiträgen einverstanden und verpflichtet die Zahlstellenleiter, dafür Sorge zu tragen, daß die noch verbleibenden Extrabeiträge bis spätestens zum 1. Oktober d. J. entrichtet werden.

Die Zahlstellen sind verpflichtet, sämtliche Einnahmen für die Lokalkasse, einerseits als Lokalkassebeiträge oder sonstige Einnahmen, in der Abrechnung für die Lokalkasse einzustellen.

Aus der Partei.

Der Beschluss des Parteivorstandes auf Veröffentlichung des Protokolls der Gewerkschaftskonferenz ist bisher von drei Parteiblättern bemerkt worden.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hatte zu dem ablehnenden Beschlusse der Generalkommission bemerkt:

Wir haben kein anderes Ergebnis der Kundfrage erwartet, als es nun vorliegt. Die Vorstände der Gewerkschaften haben in der Tat allen Anlaß, die für sie höchst kompromittierenden Verhandlungen nach wie vor mit dem Schleier des Geheimnisses zu bedecken.

Im übrigen ist es wohl nicht nötig, den auf beiden Seiten hinterden Vergleich der Generalkommission zurückzuweisen, daß die Waffenstreiterörterung in Berlin auf eine Stufe zu stellen sei mit gewöhnlichen Umständen nötigen internen Besprechungen über Anschläge der Schachmacher.

Der später eingetroffenen Mitteilung des „Vorwärts“ setzt sie hinzu:

Auch die „Leipziger Volkszeitung“ wird nunmehr in den nächsten Tagen mit dem Abdruck des fraglichen Protokolltextes beginnen.

Das „Hamburger Echo“ hatte zu der Ablehnung der Generalkommission geschrieben:

Die Generalkommission schloß sich ja veranlaßt, die Zentralvorstände dahin zu beeinflussen, die Freigabe des Protokolls nicht zu empfehlen. Ob sie in ihrem Schreiben an die Zentralvorstände auch die Gründe angeführt hat, die vom Parteivorstand und in der Parteipresse für die Veröffentlichung geltend gemacht worden sind, geht aus obiger Antwort nicht hervor.

und entgegenbringen muß, die gegen die Veröffentlichung angeführten Gründe nicht als stichhaltig anzusehen. Ganz unangebracht ist in diesem Falle der angezogene Vergleich von den Abwehrmaßnahmen gegen Uebergriffe der Schachmacherorganisationen.

Die Mitteilung des „Vorwärts“ hat das Hamburger Parteiorgan ohne einen Zusatz veröffentlicht.

Der Parteivorstand wird also, trotz der ablehnenden Haltung der Gewerkschaftsvorstände, das Protokoll veröffentlichen, und wir werden dann selbstverständlich nicht unterlassen, auch wir werden davon Mitteilung zu machen.

Wir verstehen übrigens, offen gestanden, nicht recht, weshalb sich die Gewerkschaftsvorstände gegen die Veröffentlichung sträuben. Selbst wenn sie die Geheimhaltung für nötig hielten, müßten sie doch ihren Widerspruch aufgeben, nachdem die „Einigkeit“ begonnen hat, das Protokoll stückweise zu veröffentlichen.

Die Generalversammlung des Wahlvereins im Wahlkreise Rülheim-Disburg fand vor kurzem statt. Er zählt jetzt 2284 Genossen, 151 Genossen leisten freiwillige Beiträge.

Zotenliste. In Köln ist Genosse Jean Kröger, einer der ältesten Köhler Genossen, aus dem Leben geschieden. Im Jahre 1842 wurde er in Köln geboren, lernte das Schreinerhandwerk und trat bereits 1862 dem von dem ehemaligen Redakteur der „Neuen Rheinisch. Ztg.“, Heinrich Bürgers, geleiteten Arbeiter-Bildungsverein bei.

Reichstagskandidatur. Im Wahlkreise Wörs-Nees (Nieder-rhein) wurde der Genosse Rudolf Bühler, Parteisekretär in Essen, aufgestellt.

Die Forster Zwangsgerichtsaktion sollen noch nicht zur Ruhe kommen. Gegen das Schiedsgerichtsurteil soll Berufung an die Kontrollkommission eingelegt werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw. Straftat der Presse. Wegen Verleumdung eines Fabrikanten in Flöha wurde der Genosse Wendel von der „Volksstimme“ zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Verpufft. Wegen Veröffentlichung eines Gedichts „Zum Sturm“ betitelt, hatte die Staatsanwaltschaft zu Bochum den Genossen Lingweiler vom Bochumer „Volksblatt“ in hohem Maße unterdrückung gezogen.

Es erscheint möglich zu sein, daß man dies erwarten kann. Ueber die Frau in der Arbeiterbewegung sollte Genossin Luise Ziegler-Hamburg in Sengseld-Rhön reden.

Zum zweitenmal ihres Amtes enthoben sind die Vorstandsmitglieder der Weihenstephaner Ortskrankenkasse. Wie wir schon berichteten, sollte der Vorstand seine Tätigkeit am Montag wieder aufnehmen.

Da die Vorstandsmitglieder die Erklärung der Amtsüberlegung zurückgezogen haben, so werden die Geschäfte der Kasse dem Vorsitzenden des Vorstandes am Montag, den 6. d. M., nach dem Schluß der Dienststunden durch den kommissarischen Verwalter wieder übergeben werden.

Soziales.

Zugleich unterlagen wir dem Vorstande auf Grund des § 45, Abs. 1 des Krankenversicherungsgesetzes die Ausführung des gegen § 29, Abs. 2 Krankenversicherungsgesetzes verbotenen Beschlusses vom 20. Juni d. J. auf Anschaffung von 500 Exemplaren der Broschüre „Alkohol und Gesundheit“ bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 5 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle ein Tag Haft tritt.

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Dr. Pape. Nach diesem Bescheide konnte man annehmen, daß die unerquickliche Angelegenheit ein Ende erreicht habe. Jedoch es sollte anders kommen. Die Geschäfte wurden nicht übergeben, die Vorstandsmitglieder wurden durch folgende neue Verfügung überrascht:

Aus Industrie und Handel.

Was die Hüttenzeichen für das Kohlenyndikat, das Scheinen die Werksvereinbarungen für den Stahlwerksverband werden zu wollen.

Mit den Werkschließungen wächst neben dem Verbands eine Organisation heraus, die berufen ist, dessen Tätigkeit, falls er aufsteht, zu übernehmen. Und es sind wieder die großen Werke, welche sich auf solche Weise auf eben. Fälle vorbereiten und damit in ihren Ansprüchen an den Verband natürlich nicht bescheiden werden. Dadurch, daß eine Großhandlung mit mehreren Werken liiert ist, werden auch die Fusionsbestrebungen unter diesen selbst befördert und erleichtert. Auf diesem Gebiet scheint eine Rolle spielen zu wollen Kommerzienrat Klöcker-Duisburg. Klöcker war bisher Direktor der Eisengroßhandlung Karl Spahr & Co. m. B. S. Im Juli gründete er eine eigene Großhandlung und hat bereits für mehrere Werke den Verkauf der nicht vertraglichen anderweitig festgelegten Produkte übernommen. Nun hat Klöcker auch schon eine andere Eisengroßhandlung verschlungen; die Firma G. Schöne in Köln ist durch Kauf in seinen Besitz übernommen. Klöcker ist das ausführende Organ; welche Interessen treibend wirken, läßt die Aufzählung der von Klöcker besetzten Ehren- und Nebenämtern ahnen. Er ist Mitglied des Aufsichtsrats folgender Gesellschaften: Düsseldorf Eisen- und Drahtindustrie, Pohringer Hüttenverein Kamey-Friede in Knettingen, A. Schaffhausen'scher Bankverein, Wülheimer Bank in Wülheim a. d. R., Akt.-Ges. de Fries u. Co. in Düsseldorf, Maschinenbauanstalt Humboldt in Köln bei Köln, Bergischer Gruben- und Hüttenverein, Siegen-Rheinische Hütten-Akt.-Ges., Akt.-Ges. Hülburger Hütte, Carbonat-Gesellschaft m. B. S. in Berlin, Schwenners Eisenwerk Müller u. Co., Maschinenbau-Attiengesellschaft Solde, Internationale Kohlenbergwerks-Akt.-Ges., Deutsche Vereinigung zur Verwertung von Zunderschnitteln m. B. S. und Trachandvereingung Akt.-Ges. in Berlin. Außerdem ist er Vorsitzender des Aufsichtsrats des Gasper Eisenwerks, der Aktiengesellschaft Vulkan in Arefeld und stellvertretender Vorsitzender bei der Mittelhessischen Bank in Duisburg sowie bei der Arefelder Stahlwerke Aktiengesellschaft.

Welchen Einfluß die Werkschließungen in der Eisenindustrie noch ausüben werden, läßt sich jetzt noch nicht vollständig überschauen, jedenfalls fördern sie die Bildung einiger monopolistischer Gebilde, die in großem Maßstab nicht nur die gesamte Produktion in allen ihren einzelnen Phasen umfassen, sondern auch die Organisation des Verkaufes in der Hand haben. Auf verschiedenen Wegen, aber unaufhaltsam geht es vorwärts mit der industriellen Konzentration.

Russischer Schwindel.

Die Welt will betrogen sein! Das wissen die russischen Staatsmänner und sie haben schon oft dergemäß gehandelt. Bei allen Gelegenheiten; dann aber immer am tollsten, wenn man vom Auslande Geld haben wollte. Man kann daher den Grad der Schwindeleien als Maßstab für die Geldnot bewerten. Und dann muß es höre aussehen mit den russischen Finanzen, denn der Finanzminister muß schon sehr wertvolle Aufstellungen machen, um dem Auslande den wirtschaftlichen Abgrund, vor dem Rußland steht, zu verheimlichen. Kolowzew kommt nicht mehr mit der kunstvollen Fiktion der Finanzausweise zurecht, er reifiziert sogar seine zahlmässigen Angaben. — Besonders kraß stehen die Angaben des russischen Finanzministers in der vorzeitig besichtigten Reichsbilanz dem vor wenigen Tagen veröffentlichten Stand der russischen Finanzen gegenüber. Im russischen Budget für das laufende Jahr beträgt das Defizit rund 481 Millionen Rubel. Dann erdachte der russische Finanzminister Kolowzew auch in dem vorjährigen Budget „zufällig“ ein Konto von 190 Millionen Rubel, allerdings gelang ihm dies erst, nachdem die letzte große Anleihe perfekt gemacht worden war, und die russische Regierung statt der nominellen circa 850 Millionen Rubel etwa 680 Millionen Rubel erhielt. Sieht man von allen sonstigen der Öffentlichkeit noch vorzuenthaltenen dringenden Zahlungsverpflichtungen der russischen Regierung ab, dann müßten selbst nach diesen offiziellen Angaben des russischen Finanzministeriums nach Deckung des Defizits der Jahre 1905 und 1906 noch 20 Millionen Rubel verbleiben. Dazu kommt der Betrag von etwa 200 Millionen Rubel, den die russische Regierung laut Budget von 1906 an Japan zu zahlen hat, was aber aus bisher nicht bekannten Gründen unterblieben ist. Sonach müßte nach offiziellen Angaben der Ueberschuss im außerordentlichen Budget Rußlands für 1906 etwa 220 Millionen Rubel betragen. Dazu kommt noch, daß die ordentlichen Einnahmen Rußlands laut Ausweis des russischen Finanzministeriums in den ersten fünf Monaten im 90,5 Millionen Rubel höher waren, als die vorjährigen. Unter solchen Umständen konnte doch die Finanzlage der russischen Regierung als eine überaus günstige angesehen werden. Indessen nimmt der russische Finanzminister selbst keinen Anstand, frank und frei zu erklären, daß die Lage der russischen Finanzen „schlimmer“ ist als man sie darstellt. Staatssekretär Kolowzew bekannte ausdrücklich, daß das, was von der letzten großen Anleihe übrig bleibt, zur Deckung der Defizite der beiden Jahre auch nicht annähernd ausreicht, er außerstande ist, den Hungergruben auch nur ein wenig aus eigenen Mitteln zu helfen und beichte sich, noch hinzuzufügen, daß das Defizit dieses Jahres, soweit sich bisher feststellen ließ, mindestens noch 94 Millionen Rubel betragen wird. Wie sind nun diese offiziellen Angaben über ein Defizit mit der kürzlich erfolgten

Veröffentlichung über den so bedeutenden Ueberschuss in Einklang zu bringen? Der russische Budgetschwindel ist eine famose Klaffe für die nächste Anleihe.

Eisenbahngewinne. Der Reinerwerb der Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten und Kanada für die Zeit vom 1. Juli 1905 bis zum 30. Juni 1906 wird auf 785 790 100 Dollar angegeben. Ein amerikanisches bürgerliches Blatt sagt bei Besprechung dieses Resultates: „Es ist nicht leicht, sich eine Vorstellung von der Bedeutung so ungeheurer Summen zu machen.“

Ein sozialistisches Blatt antwortet darauf: „Unförm! Es ist kinderleicht sich eine solche Vorstellung zu machen. Diese gewaltige Summe stellt Werte dar, die nicht wie die Beeren an den Büschen wachsen, sondern als reiner Ueberschuss durch die Arbeiter erzeugt wurden, nachdem alle Ausgaben, einschließlich der großen Gehälter der hohen Beamten, gedeckt sind. Diese 800 Millionen Dollar zahlen die Arbeiter noch extra, damit sie in der Lohnsklaverei erhalten bleiben, das ist die Bedeutung!“

Eine Unstimmigkeit. Die Börsenblätter weisen fortgesetzt darauf hin, daß das Kohlenyndikat sich gezwungen sehe, englische Kohlen zu kaufen, um den dringenden Ansprüchen genügen zu können. Auch im Bwidauer Revier sollen die Bechen überreich mit Aufträgen versehen sein. Nun lesen wir in der „Börsen-Ztg.“ folgendes: „Eine eigenartige Klage kommt aus dem Bwidauer Revier: Die dortigen Kohlenproduzenten weisen darauf hin, daß sie nach Bayern und Thüringen wegen des billigen Angebots westfälischer Kohle nicht liefern können, während das Kohlenyndikat nach seinen eigenen Bekanntmachungen zurzeit gezwungen ist, englische Kohle zu kaufen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen; das Syndikat möge im nationalen Interesse den Bezug aus England einstellen und dafür die genannten Gebiete den anderen inländischen Werken überlassen. Auf den ersten Blick scheint dieser Vorschlag berechtigt und der dadurch dem Syndikat gemachte Vorwurf nicht ohne Grund. Es ist aber hierbei zu berücksichtigen, daß die Lieferungen des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats nach Bayern und Thüringen schon vor längerer Zeit abgebrochen sind; andererseits ist der sächsische Kohlenmarkt zurzeit betarrt in Anspruch genommen, daß Vorräte aus dem Werke gar nicht vorhanden sind.“

Wenn die sächsischen Werke genügend Absatz hätten, würden sie sich über den Ankauf englischer Kohlen jedenfalls nicht alterieren. Der andere Einwand ist vollständig hinfällig. Es steht doch auf jeden Fall nichts entgegen, daß das Kohlenyndikat sächsische Kohlen kauft, wenn es schon kaufen muß und dort ein Angebot vorhanden ist.

Genossenschaftsbrauereien. In Hannover haben die Birte, um der Diktatur des Brauereirings zu entgehen, eine Genossenschaftsbrauerei gegründet durch Uebernahme der Fontainischen Brauerei in Wölfe. Der Kaufpreis beträgt 450 000 M. Die Gründung einer weiteren Genossenschaftsbrauerei ist in Vorbereitung.

Aus der frauenbewegung.

Ein Stücklein preussischer Verwaltungsbureaucratie.

Wie die preussische Polizei den Frauen das Versammlungsbrecht illusorisch macht lehrt folgender Fall. In Erfurt forderte die Vertrauensperson der Genossinnen die Frauen und Mädchen öffentlich auf, die Volksversammlung am 21. Januar, dem verbotenen „roten Sonntage“, zahlreich zu besuchen. Die Polizei verbot darauf die Versammlung, erlaubte sie aber dann unter der von ihr vorgeschriebenen Bedingung, daß Frauen und Mädchen keinen Zutritt hätten und diese Tatsache noch vor dem 21. Januar in der „Tribüne“ öffentlich bekanntgemacht würde. Wegen diese Willkür wurde Beschwerde erhoben, doch antwortete unterm 12. Februar der Erfurter Regierungspräsident v. Fidler, daß er „es ablehnen müsse, jetzt noch in eine Prüfung des Vorgehens der Polizei einzutreten“. Das bedeutete eine Sanktionierung schrankenloser Polizeimittel, weil dadurch jede Beschwerde hinfällig wurde, vorausgesetzt, daß der Termin der verbotenen Versammlung bereits verstrichen. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Herr v. Wöllicher, ließ sich aber am 7. Mai doch so weit herab, in eine Prüfung des Verbots einzutreten, fand aber die Fernhaltung der Frauen aus einer Volksversammlung gerechtfertigt, da zu — „Ver eins“-Versammlungen (1) Frauen keinen Zutritt hätten. Es wurde also mit einem Federstrich aus einer öffentlichen eine Vere in s Versammlung gemacht und so das Recht „zurückgelegt“. Jetzt wurde der preussische Minister selbst bemüht, der unter dem 31. Juli endlich die Entscheidung fällte, daß all die früheren Verfügungen „nicht für zutreffend zu erachten sind“. Die beteiligten Dienststellen seien davon in Kenntnis gesetzt. Demnach haben am 6. August, wo der Entscheid in die Hände des Beschwerdeführers gelangte, endlich die Frauen ihr Recht wieder hergestellt, nunmehr ungehindert von Polizei an der Versammlung am — 21. Januar teilzunehmen. So werden praktisch die Frauen um ihr Recht geprellt.

Für die „Gelegesentnis“ preussischer Verwaltungsbehörden ist dieser Vorgang bezeichnend. Die Polizei verbietet die Teilnahme der Frauen an einer Volksversammlung ohne jegliche Angabe von Gründen. Der Regierungspräsident erklärt, da die Sache vorbei sei, prüfe er sie nicht mehr. Der Oberpräsident prüft zwar, stempelt aber im zweiten Satz zu einer Vere in s Versamm-

lung, was er im ersten Satz eines Entschides als öffentliche Versammlung anerkennt. Ist denn auf all diesen Kernern kein Exemplar des an sich ja so miserablen preussischen Vereins- und Versammlungsbrechens vorhanden, oder haben es die Herren nicht studiert, oder wieder vergessen, oder wollen sie es nicht studieren? Erst der Minister war zur gesetzlichen Anwendung fähig und mußte die Ruffel erteilen. Nach rund 7 Monaten ist es in Preußen also schon möglich, Polizeiwilktür wieder in Recht zu verwandeln. Sehr ermutigend für Beschwerdeführer und — fernere „Gelegesentnis“ verbotslustiger Polizeibrigade!

Internationale Frauenwahlrechtsvereinigung. In Kopenhagen sind Vertreterinnen der internationalen Frauenwahlrechtsvereinigung zu einer Tagung zusammengetreten. Den Vorsitz führt Pres. Carrie Chapman Catt. Vertreten sind fast alle Länder Europas und die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada.

Eine Kolonie will Upton Sinclair, der Verfasser von „The Jungle“ gründen, um den Frauen die Plage der Hausarbeit und Kindererziehung zu erleichtern. Vor einer hauptsächlich aus Sozialisten bestehenden Zuhörerschaft hielt er kürzlich einen Vortrag über seinen Kolonialplan in New York. Eine Ortschaft mit hundert Familien soll gegründet werden, wo die Kindererziehung sowohl als auch alle häuslichen Verrichtungen wie Kochen, Waschen und dergleichen gemeinschaftlich ausgeführt und dadurch erleichtert und verbilligt werden würde. Sinclair, obgleich selbst Parteigenosse, will die Sache nicht als ein sozialistisches Unternehmen, sondern als einen Plan aufgefaßt wissen, um zugunsten der Hausfrauen und Familienmütter Arbeit und Geld zu sparen. Es kommt natürlich sehr auf die Frauen dabei an.

Gewöhnlich sind solche Kolonialpläne ganz gut gemeint und in der ersten Begeisterung wird ein vielversprechender Anfang gemacht, aber bald scheitern sie an der Abhängigkeit der Kolonisten und an der Beschränktheit der Mittel und an der kapitalistisch eingerichteten Welt ringsum.

Versammlungen.

Die Delegiertenwahl zur Ortskrankenkasse der Schneider, die dritte Wahl im Laufe eines Jahres, findet am Montag, den 18. August, abends von 8—9 Uhr, in Kellers Neuer Wilhelmshöhe, Köpenickerstr. 99/97, statt. Der Verband der Schneider und Schneiderinnen hatte am Dienstag für die Mitglieder der Kasse eine öffentliche Versammlung nach den Armirenhallen einberufen, um sie auf die außerordentliche Wichtigkeit dieser Wahl aufmerksam zu machen. Zäterow schilderte hier, welche Umstände dazu führten, daß die Kasse jetzt kommissarisch verwaltet wird und die Mitglieder jedes Einflusses auf die Verwaltung entbehren, ja, nicht einmal über den finanziellen Stand der Kasse unterrichtet sind. Die schmächtlichen Treibeisernen des „Reichsverbandes“ und des unter seinem Einfluß stehenden Kassenvorstandes, die zur Ungültigkeitserklärung der Wahl vom 27. November 1905 führten; die Wahlfälschungen durch den Vorstand bei der zweiten Wahl, am 23. Mai 1906, die den Staatsanwalt nötigten, Anklage gegen die Vorstandsmitglieder Wroba und Schmidt zu erheben und die Einlegung der kommissarischen Verwaltung zur Folge hatten, über das alles ist ja seitherzeit auch im „Vorwärts“ ausführlich berichtet worden. Die Behörde hat sich nicht besonders beeilt, um die Mitglieder wieder zu ihrem gesetzlich garantierten Einfluß auf die Kassenverwaltung zu verhelfen. Waren seit der ersten ungültig erklärten Wahl bis zur zweiten, die dasselbe Schicksal erlitt, 5 Monate verstrichen, so dauerte es diesmal über 2 1/2 Monate, bis die Mitglieder ihre Rechte als Wähler geltend machen können. Umso mehr sollten nun die Mitglieder alles daran setzen, dafür zu sorgen, daß wieder gesetzliche, geordnete Verhältnisse in der Kasse geschaffen werden. Der Redner wies besonders darauf hin, daß hier auch die Frauen die so seltene Gelegenheit haben, als Wähler ihren Einfluß geltend zu machen, was bei der so überaus großen Zahl weiblicher Kassenmitglieder außerordentlich wichtig und beachtenswert ist. Liegt es doch in ihrem, wie im Interesse aller Mitglieder, daß sie dem Grundsatz der Selbstverwaltung: Alles durch und alles für die Mitglieder, zum Siege verhelfen. — Die Versammlung nahm nach dem mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Vortrage einstimmig folgende Resolution an:

„Die Versammelten versprechen, mit aller Kraft dafür wirken zu wollen, daß am Tage der Wahl, dem 18. August, die Liste der Organisierten, die mit dem Namen U l d e beginnt und mit Z ü h l l e endet, zum Siege geführt wird.“

Es folgte sodann noch eine kurze Diskussion, in der einige Fragen an den Referenten gerichtet wurden. Es hat sich unter dem bisherigen Kassenvorstand die Praxis herausgebildet, daß Selbstzahler, die nicht ganz pünktlich ihre Beiträge entrichteten, sofort gestrichen wurden, vorausgesetzt, daß es sich um Mitglieder handelte, die dem Vorstande nicht genehm waren. Der Referent wies darauf hin, daß die Anmeldung, als freiwilliges, selbstzahlendes Mitglied innerhalb acht Tagen nach Austritt aus dem Arbeitsverhältnis erfolgen muß und daß die Kassenbeiträge stets innerhalb vierzehn Tagen entrichtet sein müssen. Zwischenmeister, die als Arbeitnehmer Mitglieder der Kasse sind und als Arbeitgeber selbst wiederum Kassenmitglieder beschäftigen, haben sowohl als Arbeitnehmer wie als Arbeitgeber Wahlrecht.

Ferdinand Bonn's Berliner Theater.
Donnerstag und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.

Ein idealer Gatte.
Freitag und folgende Tage:
Ein idealer Gatte.
Lord Goring. — Harry Walden.

Neues kgl. Operntheater (Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Gastspiel Francoschina Prevosti:
Der Barbier von Sevilla.
Cavalleria rusticana.
Freitag: Carmen.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.
Heute abend 8 Uhr:
Der Corregidor.
Freitag: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag abend 8 Uhr: Don Pasquale.
Sonntag: Hoffmanns Erzählungen.

Etablissement Bughenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten besw.
in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freilanz.

Zentral-Theater.
(Cyperette). 8 Uhr:
Der Vogelhändler.
Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Sommerrevue: Carl-Fantasi 3,20.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Norwig-Oper.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büchel.
Martha, oder: Der Markt zu Richmond.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin.
Sonntag abend, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büchel.
Der Troubadour.

Trianon-Theater.
Täglich Die herbe Frucht.
8 Uhr.

Apollo-Theater
10 Uhr! Täglich! 10 Uhr!
Berlin im Omnibus.
Im zweiten Akte:
Der Omnibus - Trick.
Vorher: Gute Spezialitäten!
Anfang 8 Uhr.
25 7/8 Uhr: Garten-Konzert.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr
Das glänzende Eröffnungs-Programm.
14 erstklassige Spezialitäten!

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wald.)
Donnerstag, Freitag: Geschlossen.
Sonntag abend, abends 8 Uhr:
popul. Vorst. und bei halben Preisen:
Der Waffenschmied.
Rom. Oper in 3 Akten v. U. Lorching.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büchel:
Der Postillon von Lonjumeau.
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Metropol-Theater
Henry Bender. Josef Giampietro.
Fritz Massary.

!Anf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Im Theater: Täglich 8 Uhr:
Adele.
Lebensbild in 5 Akte v. Hedwig Abt.
Im Sommergarten:
Täglich Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Anfang
Bogenstr. 8, Sonntag 7 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Täglich im Theater 8 Uhr:
Der jüngste Ausdruck des Vesuv.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:

Großes Militär - Doppel - Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 G.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Welt - Ausstellungs - Biograph - (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormalitäten-Programm.
Verbindung mit größter Filmfabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

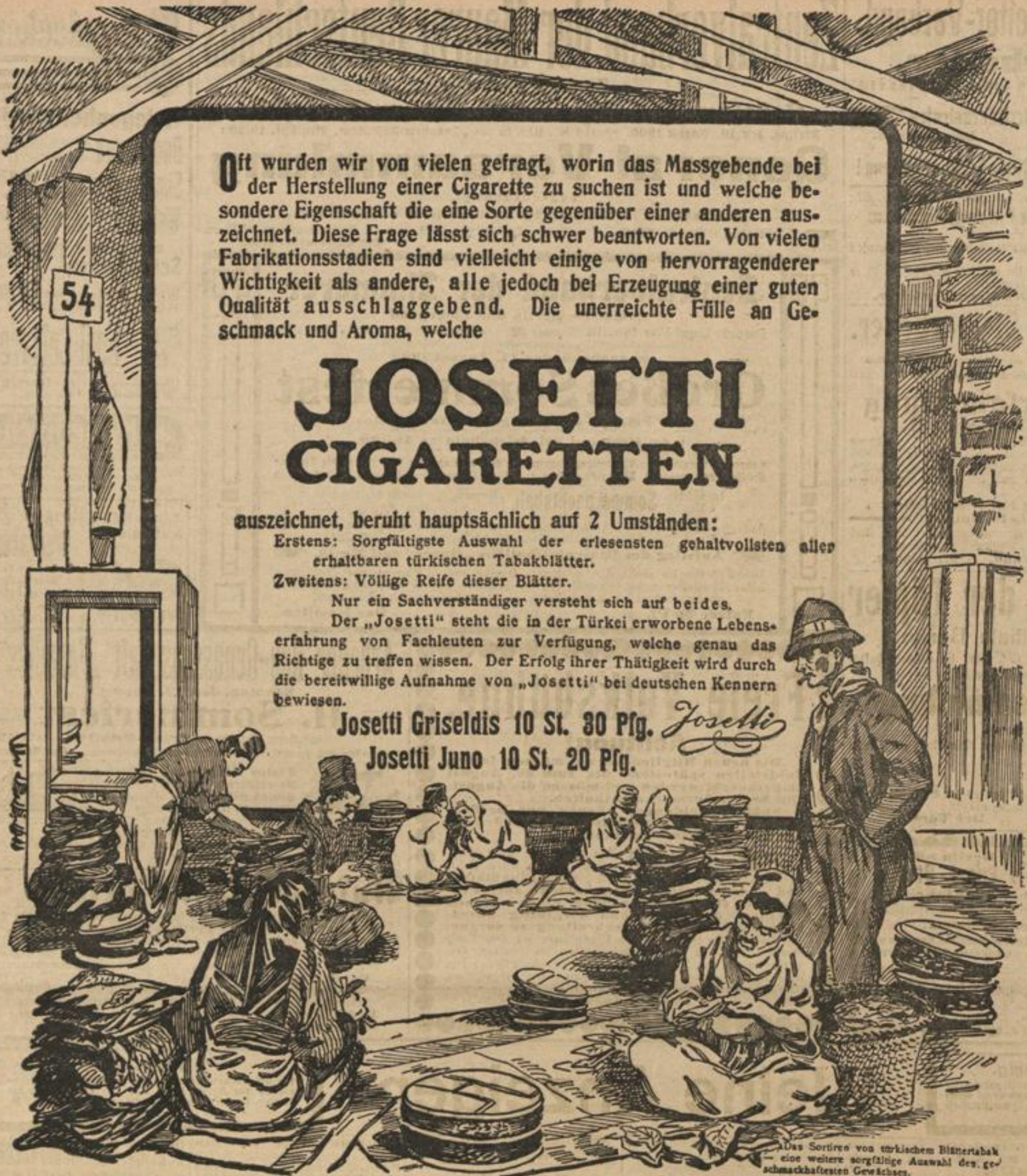
Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute: Großer Elitetag!
Berlins bestes Spezial-Programm.
Paul Coradini.
Der Verschwendter.
Das unruhige Haus.
Im Saale: Gr. Elite-Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Dittelsdorfstr. 10-1 a. d. Theaterkaffe.

Schweizer Garten
Am Königslo - Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten u. Ball.
„Auf der Liebes-Insel“.
Operetten-Burleske in 1 Akt.
Alle, Martha Bellvert mit ihren drei besten Tieren. Piccards amerik. Pantomime: Die Einbrecher v. New York. Jeden Mittwoch:
Kinder - Freuden - Fest.
Tanzmusik frei.
Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Gf.

Gstbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Büdersdorferstr. 17
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten - Vorstellung.

Prater-Theater
Rastanien-Allee 7/9.
Täglich: **Amor von heute.**
Mikardo, Dumorik.
Borussia-Sextett.
Sandsportakt.
„Der grüne Teufel.“
Große Pantomime.
Konzert - Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Gf.
Rumertstr. Platz 50 Gf.

Der Vogelhändler.
Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Sommerrevue: Carl-Fantasi 3,20.



Oft wurden wir von vielen gefragt, worin das Massgebende bei der Herstellung einer Cigarette zu suchen ist und welche besondere Eigenschaft die eine Sorte gegenüber einer anderen auszeichnet. Diese Frage lässt sich schwer beantworten. Von vielen Fabrikationsstadien sind vielleicht einige von hervorragenderer Wichtigkeit als andere, alle jedoch bei Erzeugung einer guten Qualität ausschlaggebend. Die unerreichte Fülle an Geschmack und Aroma, welche

JOSETTI CIGARETTEN

auszeichnet, beruht hauptsächlich auf 2 Umständen:

Erstens: Sorgfältigste Auswahl der erlesensten gehaltvollsten aller erhaltbaren türkischen Tabakblätter.

Zweitens: Völlige Reife dieser Blätter.

Nur ein Sachverständiger versteht sich auf beides.

Der „Josetti“ steht die in der Türkei erworbene Lebenserfahrung von Fachleuten zur Verfügung, welche genau das Richtige zu treffen wissen. Der Erfolg ihrer Tätigkeit wird durch die bereitwillige Aufnahme von „Josetti“ bei deutschen Kennern bewiesen.

Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.

Josetti

Das Sortieren von türkischem Blättertabak eine weitere sorgfältige Auswahl des geschmackhaftesten Gewächses.

1. Deutsch-Amerikanischer Zirkus
 von Norton B. Smith, Dir. Nat. Behrens.
 Gedr. und elegantester aller reisender Zirkus
 Berlin, Comeniusplatz, Memelerstraße
Hente, den 9. August, abends 8 Uhr:
Gr. Gala-Premiere
 mit einem hochsensationalen Ultra-Grand-Program.
 Preise der Plätze: Loge 2,50, Sperrpl. 1,50, 1. Platz 1,25, 2. Platz 0,80, Galerie 0,40. Am Sonntag-Abend-Vorstellungen bezöhlen Militär und Kinder unter 12 Jahren: 1. Platz 1,-, 2. Platz 0,60, Galerie 0,30. 209/18

W. Noacks Theater.
 Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 16.
 Auf vielfachen Wunsch!
 Unwiderstlich letzte Wiederholung!
 9 Uhr. **Königin Luise.** 9 Uhr.
 Best. die erstklassig. Spezialitäten.
 Anfang 6 Uhr. Kaffeeische von 3 Uhr.
 Bei schlecht. Wett.: Vorstell. im Saale.

Fröbels Allerlei-Theater
 Schönhauser Allee 148.
Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.
 15 Attraktionen ersten Ranges 15.
Der Millionenschneider.
 Voffe mit Gesang in 2 Akten.
 Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. 18302*

Fey's Salon
 Brunnenstraße 184.
 Zu Versammlungen und Vergnügungen empfehle mein Lokal zu den billigsten Bedingungen. 354b

Ost-Kasino
 Frankfurter Allee 106.
 Säle f. Versammlungen, Vereins- und Privatfestlichkeiten.
 Neu eingerichtete Vereinszimmer.
 Im Restaurant:
 Täglich **Künstler-Freikonzert**
 bis 3 Uhr morgens.
 18302* **Karl Pirnan.**

Diez' Spezialitäten-Theater.
 Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
 Wegen kolossaler Nachfrage bis 30. August prolongiert.
 Täglich:
 Die größte und beste Gruppe der Welt: im Salon des Löwenbändigers.
 Ein Dompteur, eine Tänzerin im Löwenkäfig und eine Dompteurin mit noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung sämtlicher Bestien aus den Händen des Dompteurs.
The Carl Damman-Familie, Amerikas beliebteste Akrobaten.
und das neue beste Programm Berlins.
 Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
 Anfang 4 Uhr. — Entree 30 Pf. — Vorzugskarten sind gültig.

Max Kliems Sommer-Theater.
 Hasenhöle 13-15. Artistiche Leitung: Paul Milbitz.
 Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung**
 Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die beliebten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Sanssouel. Kottbusser Str. 4a.
 Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend:
Holtmanns Nordd. Sänger und Tanztruppen.
 Reueter Schläger: Wir von der Kavallerie. Voffe.
 Entr. 30 Pf., zum Pl. 50 Pf.
 Sonntag, Montag, Donnerstag, 8 U.
 Im Vorgart.: Freikonzert.

Volksgarten-Theater.
 Badstr. 8 (Schm. u. Bellermaierstr.)
 Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
 Das neue August-Programm!
 Harry Steiner, Geschw. Bollini, Max Franconi, Garretto Truppo.
 „Auf fremder Erde“.
 Gr. Aufführungsges. mit Gesang u. Tanz in 3 Bildern von Hugo Schulz.
 Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfestspektakel.
 Jed. Donnerstag: Gr. Brill-Feuerwerk.
 Volksbelustigungen aller Art.
 Die Kaffeeküche ist v. 1 Uhr an geöffnet.

Schloß Weißensee.
 „Zum Sternecker“. Inhaber C. Koch.
 Heute Donnerstag: **Elitetag.**
Militärkonzert. × Land- und Wasserfeuerwerk.
 Große Sehenswürdigkeit **Ausstellung Afrika** nur kurze Zeit.
 Eröffnung Sonntag, den 12. d. M.
 Futoneger-Karawane. Dorf mit 58 Eingeborenen. Pferde, Kamelo usw.; spannende Vorführungen ihrer heimatlichen Gebräuche. Täglich mehrere Vorstellungen. Sonntag vormittag 11 $\frac{1}{2}$ Uhr: erste Vorstellung, nachm. 4 $\frac{1}{2}$ Uhr: die zweite usw.
 Entree: Erwachsene 50 Pf., Kinder 15 Pf. 1930L

Möbel-Fabrik und Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen
 zu Fabrikpreisen — Eigene Werkstätten — empfiehlt
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbusser Tor.

Gänse! Gänse!
 Mit heutigem Tage beginne wieder wie alljährlich mit dem Verkauf sämtlicher

Gänse-Artikel
 und empfehle täglich frisch in großer Auswahl:
Oderbrucher Fettgänse, sowie **Gänseklein, Gänselebern, Gänseleien u. Gänsefleisch, Gänsefüeten,** frisch und gepöbelt, **Gänsegrieben.** Anerkannt beste **Frisches Gänsefleisch!** (Gänse-Rollbrust) Spitzgans, ff. Aufschnitt usw.
Hermann Leissner,
 Berlin C., Kloster-Strasse No. 93, 94, 95, und Gehaus Strasse Wilhelm-Strasse 11.
 Zentral-Markthalle Stand 26. — Tel. Amt VII, 3072. 209/17

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater
Samuel Kirste
 nach langem, schwerem Leiden am Montagmorgen 7 $\frac{1}{2}$ Uhr sanft entschlafen ist.
 Die Beerdigung findet am Freitagmorgen 4 $\frac{1}{2}$ Uhr von Schönberger, Maxstraße, aus statt.
 Die trauernde Witwe nebst Söhnen und Töchtern. 442b

Sozialdemokrat. Wahlverein
Schöneberg.
 6. Bezirk.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Maurer
Samuel Kirste
 im Alter von 59 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. August, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Friedhofes, Maxstraße, aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 15/15
 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
 Am 6. August verstarb unser altes Mitglied
Samuel Kirste
 im Alter von 59 Jahren an Nagenleiden.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitagmorgen 4 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Kirchhofes in der Maxstraße aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 14/10 **Der Vorstand.**

Zentralverband d. Steinsetzer Pflasterer u. Berufsgenossen Deutschlands.
Zitate Groß-Berlin I.
 Bez. Schöneberg, Steglitz u. Umg.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Steinsetzer
Julius Raue
 zu Steglitz 74/17
 am 7. d. M. verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Der Bezirksvorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Droghen-tutcher
Otto Stahl
 (6. Abteilung)
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. d. M., nachm. 6 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes, Rixdorfer Weg, aus statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
 Der Vorstand.

Dankfagung.
 Für die große Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes
Willi 437b
 sage ich hierdurch allen meinen herzlichsten Dank.
 Fr. Pohke.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme sowie für die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung des Vaters
 4107
Oskar Gummert
 sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem sozialdemokratischen Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis sowie den Genossen des 150. Bezirks unseren herzlichsten Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Dr. Simmel, Prinz-
 Str. 41,
 Spezialarzt für 187/13*
Haut- und Nervenleiden.
 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.
 3. J. Pianos, verf. Gerichtstr. 32, L.

Nähmaschinen
 (Richter u. Rohmann) billig, auch gegen Teilzahlung. Zuschneide-Kursus gratis. Rosenthalerstr. 19. 18722*

Alle Wanzen
 werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — Pl. 50 Pf. u. 1,00. — Gegen Schnaben, Ratten, Krabben, Blattläuse usw. Schachtel 30 Pf., 60 Pf. u. 1,00. 19142*
 — Zahlreiche Anerkennungen. —
1000 Mark Belohnung
 gabte demjenigen, der mir einen Richterlich nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth, Drogerie,** jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 81.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Jalousiearbeiter.

Donnerstag, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Friedrich, Prinzenstr. 9:

Kommissionsführung mit Vertrauensleuten.
Der Obmann.

Achtung! Bantischler. Bezirk 2. Achtung!

Donnerstag, 9. August, abends 6 1/2 Uhr, bei Litfin, Memelerstr. 67:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wie stellen wir uns zu den Professionsvereinen in unserem Berufe?
2. Diskussion. 3. Beschlüsse.
Kollegen! Da die Frage eine für uns sehr wichtige ist, ist es Pflicht, daß an dieser Versammlung jeder teilnimmt.
Der Branchenleiter.

Zentralverband der Steinarbeiter.

Berlin I.
Freitag, den 10. August 1906, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im „Englischen Garten“, Alexanderstraße Nr. 27c.
Tages-Ordnung:
1. Antrag der Verwaltung: Beitragsrückzahlung. 2. Antrag der Verwaltung: Einführung eines Ortsstatuts. 3. Unterführungsgesuche. 4. Der jeweilige Stand der Aussperrung in Berlin und des Streiks im Auslandgebiete. 5. Beschlüsse.

Kollegen, in dieser Versammlung darf niemand fehlen!
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Die Statistik wird nur noch in dieser Versammlung abgenommen. Auch ersuchen wir, endlich mit den Billets zum Sommerfest abzurechnen.
Der Vorstand. J. H.: Hansche.

Zentralverband der Töpfer

Deutschlands. Filiale Berlin.

Freitag, den 10. August 1906, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Wih. Mithke: Die Kirche im Dienste des Kapital.
2. Diskussion.
3. Beschlüsse.
Für Abstimmlung steht der Antrag Rigdon betreffs der Beitragszahlung. Erscheinen aller Kollegen notwendig.
Der Vorstand.

H. & P. Uder, Berlin 80. 16.
Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbaren Kau- u. Schnupftabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak.
Rathorner Schnupftabak: Ehssegger, Kowner, Kardinal, Karotten usw. stets frisch zu billigsten Engrospreisen.
Neu! Neu aufgenommen: Neu!
Berliner Luft (Detailpreis: Paket 10 Pf.)
erstklassiger Qualitäts-Schnupftabak aus den Tabakfabriken von Joseph Doms, Rathor.
Amt 4, 3014.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Garbinnenhand Große Franzfurterstraße 9, parterre. 17
Räumungs-Aussverkauf! Garbinnen, Soves, 10 Proz. Rabatt; Penster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,85, 4,75, 5,75 usw. Weisenberg's Teppichhaus, Große Franzfurterstraße 125, nahe Köpenstraße.
Tüllbettedecken 2,15, 2,25, 2,45, 2,95, 3,25, 3,35, 4,50 usw. Vorzügliche Gardinen, weiß, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt. Weisenberg's Teppichhaus.
Räumungs-Aussverkauf! Möbelstoffe, Möbelstoffe und Reste für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt.
Kopier- und Perle-Teppiche, 2 Meter lang 3,85; 2,35 Meter lang 5,90. 17318
Große Vorken erste Blüchepflege mit Fellein, nur so lange Vorrat 10 Proz. Rabatt. Weisenberg's Teppichhaus, Große Franzfurterstraße 125.
Räumungs-Aussverkauf! Eine Vorken Tischdecken 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,30, 4,35 usw. 17338
Blüchepflege, wert das Doppelte: 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00: 10 Proz. Rabatt. 17348
Teppichdecken, nur so lange Vorrat 2,85, 3,85, 4,85, 5,85, 6,85. 17358
Tuch- und Blüchepflege mit Querschnitt 3,85, 4,50, 5,00, 7,85, 9,50, 10,50 usw. mit 10 Proz. Rabatt. Weisenberg's Teppichhaus, Große Franzfurterstraße 125, Hallestraße nahe Köpenstraße. 17368
Teppichdecken billig Fertig Große Franzfurterstraße 9, parterre. 17
Fahrer, Teilzahlungen. Verp. Straße 28, Stallstraße 40. 10638
Geschäftsvertrieb, äußerst billig, 50,00 Holz, Blumenstraße 36 b. *
Teppiche: (Fellein) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grün, Dofcher Markt 4, Bahnhof Börse. 266/14
Gedruckte Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 28,00, Herrenhosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Verbandshaus, Regerstraße 63, 1 Treppe.
Verantwortl. Redakteur: Carl Dermuth, Berlin-Rigdon. Für den

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.

Freitag, den 10. August 1906, abends 8 1/2 Uhr, in den „Industrie-Festhallen“, Deutschstr. 19/20:

General-Versammlung

Tagesordnung:
Fortsetzung der Tagesordnung der letzten General-Versammlung.
Mitgliedsbuch legitimiert. Pflicht aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Sekretärvorstand.

Zentralverband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend
Bureau: Engel-Ufer 15 v. III, Zimmer 32 :: Fernsprecher: Amt IV No. 2789.
Sonntag, den 11. August 1906

Großes Sommerfest

zur Feier des 23jährigen Stiftungsfestes
in der Brauerei Friedrichshalm am Königstor.

Konzert: Spezialitäten-Vorstellung: Auftreten des Berliner Uk-Trio: Kasperle-Theater
Großes Preisgegaln: Kinder-Fackelzug: Brillant-Feuerwerk: Lebende Photographien

In beiden Sommernachtsball. Herren, die daran teilnehmen wollen, zahlen 50 Pfg. nach.

Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr. Anfang der Spezialitäten-Vorstellung 6 Uhr.
Um 7 Uhr Gratisverteilung der Kindergeschenke. Um 8 Uhr:
Aufstieg des Riesenluftballons „Hurra“ mit Musik.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung.
Alle Mitglieder nebst Familie sowie Freunde und Gönner sind hiordurch nochmals ergebenst eingeladen. — Abendkasse findet nicht statt.

Entree 30 Pf. 255/2 Das Komitee

Freie Volksbühne.

Achtung!

Die neuen Mitgliedskarten müssen in den Zahlstellen spätestens bis zum 20. August umgetauscht werden und müssen die August- und Septembermarke enthalten.
Spätere Meldungen können nur berücksichtigt werden, soweit in den betreffenden Abteilungen Raum vorhanden ist.

Achtung! Die Mitglieder werden ersucht, die in allen Zahlstellen und adressierten Fragekarten zur Propaganda für die Erwerbung eines eigenen Theaters abzuholen und sorgfältig auszufüllen und für Weiterverbreitung zu sorgen.
Gleichzeitig gelangen die Flugblätter an den Zahlabenden und für die Gewerkschaften im Berliner Gewerkschaftsbureau, Engel-Ufer 15, zur Ausgabe. Die Zahlstellen nehmen sämtliche ausgefüllten Fragekarten zur Weiterbeförderung entgegen.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Arbeiter-Bau-Genossenschaft „Paradies“.

Sonntag, den 12. August:

II. Sommerfest

auf ihrem Gelände bei Grünau-Verdohrdorf. 2765
Genossen und Freunde sind hiermit herzlich eingeladen. Das Komitee.

Tägliche billige Dampf-Exkursfahrten nach Verdohrdorf. Schloß mit 20000. Abfahrt mittags 10 Uhr, nachmittags 2 Uhr. Sonntagvormittags 8 1/2 Uhr, nachmittags 2 Uhr. Hin- und Rückfahrt 50 Pf. Rückfahrt 50 Pf.
Am Sonntagabends der Dampf sowie Lokal noch zu vergeben. Abfahrt nur von der Michaelbrücke.

Auf der Stelle getötet

werden alle Wanzen samt Brut durch Reichel's „Verstärktes Wanzenkud“. Einziges Spezialmittel von unschätzbare Wirkung, schützt dauernd gegen jede Wiederkehr. 50 Pf. 1., 2., 3., 5., 10. Spürlos verschwindet sofort alle Wanzen mit ihrer Brut bei Anwendung von Reichel's Schwabwappelpuder „Poudre Martial“ 50 Pf. 1., 2., 3., 4., 5. Gibt und garantiert wirksam nur mit Tode Tod und Teufel. Sprühapparat 50 Pf. Erhältlich in Drogerien, wo Plakate mit Tod u. Teufel u. bei Otto Reichel, Berlin 80. 43, Risenbahnstraße 4. Telefon-Amt IV 646, 3190, 4562. (19062)

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacoby, Kolbergerstraße 26, III.

Möblierte Schlafstelle vermietet

Streiber, Prachtstraße 31, Curggebäude IV. 138

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Minder Stubenreiter bittet um Arbeit. Stelle werden abgeholt und zurückgeführt. H. Gläser, Muelstraße 27. 14685

Stellenangebote.

Autofahrer! Jedermann wird schnellstens zu erfindlichem Chauffeur ausgebildet. Günstigste Erfolgs-Verhältnisse. Autotechnikum Berlin, Spichernstraße 11/12. 14686

Seitigenführer auf Kisten bei hohem Lohn wollen sich melden unter E. A. 2358 Rudolf Hofe, Prinzenstraße 41. 14687

Schlossergesellen, tüchtige, erfahrene, auf Zäun, Gitter und Eisenarbeiten verlangt. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 407b

Tüchtige Friseurmeister verlangt. Kaiserstraße 14/15. 111

Handwerker, der auch Stelle macht, sucht Möbelarbeit, Friedenstraße 48. 137

Gebilde Dredger, Klaffen, verlangt. Ritterstraße 40. 436b

Bergarbeiter auf Holzleiten verlangt. Biedrichstraße 16.

Tüchtige Instrumentenmacher auf komplizierte Harze und stumpfe Instrumente suchen Louis u. G. Lorenz, Riegelstraße 28. 267/12

Türschließer, tüchtige, nur tüchtige Kraft, der hydraulische und pneumatische Türschließer selbständig herstellen kann, wird mit anständigem Lohn dauernd beschäftigt. Offerte an: Röngring u. Brühl, Türschließer-Fabrik, Budapester, Gärtnerei 38. 4343

Tüchtige Grundrieger sucht Kristian, Charlottenstraße 7. 4445

Vermietungen.

Wohnungen.

Vorderhand, zwei Zimmer, Zubehör, 32 Karl, Kuchelstraße 16. 4368

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Deutsch. Buchhinderverband

(Zentrale Berlin).
Folgende Firmen sind, weil Einstellungen nach dem abgeschlossenen Vertrag nicht erfolgt sind, bis auf weiteres gesperrt:
Xaver Kille, Reichenbergerstraße 36.
Fleck Nachf., Röhrenstr. 87.
Ad. Wittenburg, Wilsdorfstraße 16.
F.O. Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Ad. Schoß, Gutfrauenstraße 19 und Dellenerstraße 14.
Kartonsfabrik Ad. Lesser, Kranzstraße für Kartonsarbeiter, u. für Galanteriearbeiter die Firma Aloys Suk, Reichenbergerstraße 4.
Vor Arbeitsaufnahme in den Verbandsbetrieben, und durch den persönlichen Nacharbeiternachweis ist Information auf dem Bureau, Engel-Ufer 15 II, Zimmer 21, eingeholen.
24/12 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

In der Monatsheft von Bell & Co., Andreassstr. 32, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. 141/16
Zugung ist fernzubalten.
Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streik und Lohnminderungen sind gesperrt:
Für Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter
Pieper, Bernauerstr. 80.
Für Klavierarbeiter:
Bell, Andreassstr. 32 u. Grüner Weg.
Für Korbinarier:
Stralauer Glashütte.
Zwerner, Friedrichstraße, Verdohrdorfstr. 72.
Für Räumungsmacher:
Der Baumgärtner, Brunnenstraße 151.
Für Räumungsmacher:
Continental-Kamm- und Celluloidfabrik S. Bloch, Waisenstraße 41/42.
Zugung ist fernzubalten.
Die Ortsverwaltung.
Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Alt-Genide. Am Freitag, den 10. August, findet im Lokale der Frau Witwe Heberich eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Um zahlreichen Besuch bittet Der Einberufer.

Berliner Nachrichten.

Der steigende Wohlstand der Bevölkerung Berlins

bereitet unserem Magistrat schwere Sorge. Die Berliner haben soviel Geld, daß sie schon gar nicht mehr wissen, wo sie es hinsten sollen. Auf der Sparkasse unserer Stadt häuft sich der Segen; immer mehr schwillt die Zahl der Sparbücher an, immer höher werden die Beträge der Sparguthaben. Gegenwärtig sind in den Händen der Sparer rund 800 000 Sparbücher — bei nicht viel mehr als 2 000 000 Einwohnern! Das macht etwa auf je fünf Einwohner immer zwei Sparbücher. Und auf jedes Buch entfällt im Durchschnitt ein Guthaben von nahezu 400 M.!

Kum ist aber dafür gesorgt, daß auch auf der Sparkasse der Stadt Berlin die Goldberge nicht bis in den Himmel wachsen können. Das Sparfassenstatut verbietet nämlich zweierlei: erstens, daß auf ein Buch mehr als zusammen 1000 M. eingezahlt werden; und zweitens, daß auf eine Person mehr als ein Buch ausgestellt wird. Infolgedessen müssen die Glücklichen, bei denen die Ersparnisse nicht in die Hunderte, sondern bereits in die Tausende gehen, sich mit ihrem Ueberfluß in die Vororte flüchten und ihn den dortigen Sparkassen anvertrauen. Es gibt ein paar Vorortsparkassen, bei denen der Gesamtbetrag der Einzahlungen pro Buch weit über 1000 M. hinausgehen darf. Wesentlich hieraus erklärt es sich, daß die Sparkassen der Vororte in letzter Zeit eine sehr viel raschere Vermehrung der Einlagen gehabt haben als die Berliner Sparkasse.

Den freisinnigen Kommunalverwaltern Berlins ist diese Konkurrenz der Vororte keineswegs erwünscht. Sie möchten durch eine entsprechende Milderung des Sparfassenstatuts dem sparenden Kleinbürger die Einzahlungsmühe erleichtern, möchten zugleich der Berliner Sparkasse den Goldstrom möglichst ungeschwächt zuführen, aber — sie trauen sich's nicht recht. Das Sparfassenfuratatorium hat bereits ein neues Statut ausgearbeitet, das als Höchstgrenze 3000 M. festsetzt. Im Magistratskollegium, das jetzt darüber zu beraten hat, ist sogar vorgeschlagen worden, 5000 M. zuzulassen. Doch man fürchtet, daß dadurch Wesen und Zweck der Sparkasse verändert werden könnte. Statt der Reute, die dort nur ihre Spargroschen deponieren, werde man dann kleine Kapitalisten anlocken. Das ist natürlich nicht ganz unbedenklich für eine Sparkasse. Wenn mal aus irgendwelchen Gründen die „kleinen Kapitalisten“ plötzlich alle miteinander ihre „Ersparnisse“ zurückfordern, weil sie sie anderswo besser untergebracht glauben, dann kann das für die Sparkasse sehr un bequem werden.

Die Verhandlungen über diese „Sparfassenreform“ lenken von neuem die Aufmerksamkeit auf die alte Frage, was für Reute das eigentlich sind, die bisher ihre „Rotgroschen“ nach der Berliner Sparkasse getragen haben. In den bürgerlichen Blättern wird von Zeit zu Zeit auf jene Schädighausung hingewiesen, die wir oben schilderten, und es wird dann gern hinzugefügt, da sehe man wieder einmal, daß es den Berliner Arbeiter nicht schlecht gehe. Wir wissen nicht, wie zahlreich und mit welchen Beträgen die Arbeiter unter den Sparern vertreten sind. Aber das Zahlenmaterial, das über die Betriebsergebnisse der Sparkasse alljährlich veröffentlicht wird, macht es sehr wahrscheinlich, daß der Anteil der Arbeiterbevölkerung nicht allzu groß sein kann.

Gehörten die Arbeiter in erheblicher Zahl zu den Klienten der Sparkasse, so wäre zu erwarten, daß die Monate, in denen der Beschäftigungsmangel besonders fühlbar zu sein pflegt, eine starke Verminderung der Einzahlungen brächten. Das läßt sich nun von der Berliner Sparkasse gerade nicht sagen. Die Sache liegt hier eher umgekehrt: das Quartal Januar bis März, das für die Arbeiterbevölkerung zumeist das schlimmste ist, pflegt ziemlich in jedem Jahre die zahlreichsten und höchsten Einlagen zu bringen. Im Etatjahr 1904/05 entfielen auf das Quartal Januar bis März rund 234 000 Einzahlungen im Betrage von 18 1/2 Millionen Mark, während das ganze Jahr nur 785 000 Einzahlungen im Betrage von 62 1/2 Millionen Mark brachte, so daß der Durchschnitt pro Quartal sich auf nur etwa 196 000 Einzahlungen im Betrage von 15 1/2 Millionen Mark stellte.

Hierzu kommt noch eine andere, höchst merkwürdige Erscheinung. Quartal für Quartal bringt fast ausnahmslos der erste Monat die meisten Einzahlungen. Im Etatjahr 1904/05 entfielen auf die Monate Januar, April, Juli, Oktober rund 301 000 Einzahlungen im Betrage von 24 Millionen Mark, während der Durchschnitt pro Jahresdrittel sich auf nur 262 000 Einzahlungen im Betrage von 20 1/2 Millionen Mark stellte. Arbeiter kriegen doch ihren Lohn wöchentlich. Warum sollten sie just den ersten Monat jedes Quartals bevorzugen, um ihre Ersparnisse auf die Kasse zu tragen?

Nach dem freundlichen Bild, das die Durchschnittsberechnung uns bietet, hätte eigentlich wohl jede Arbeiterfamilie mit fünf Köpfen einen Anspruch auf ihre zwei Sparbücher mit einem Guthaben von zusammen 800 M. Die rauhe Wirklichkeit sieht sehr viel anders aus. Mit dem steigenden Wohlstand der Bevölkerung Berlins, vor dem das Sparfassenfuratatorium die Waffen strecken will, kann es seine Wichtigkeit haben. Aber der Anteil der Arbeiterbevölkerung an den Goldbergen, die sich dort anhäufen, dürfte nur mäßig sein.

Gläubige Polen unter sich. Weil sie in Berlin nicht in ihrer Muttersprache zur Kommunion vorbereitet werden, waren achtzehn Berliner Polenkinder in Polen zur Kommunion erschienen. Die Berliner Geistlichen erteilen den Vorbereitungsunterricht zur Kommunion nur in deutscher Sprache. Man plant die Schaffung eines Fonds, aus dem auch den Kindern armer polnischer Eltern die Mittel gegeben werden sollen, den Vorbereitungsunterricht zur ersten Beichte und Kommunion in polnischer, statt in deutscher Sprache, sei es auch fern von Berlin, zu erhalten.

Zwei Güterzüge zusammengestoßen.

Durch den Zusammenstoß zweier Güterzüge wurde Dienstag abend der um 10,45 vom Siedtiner Bahnhof nach Bernau abgehende Bozortzug stark gefährdet. Der Zug, der um 11,13 in

Blankenburg fällig ist, hatte Einfahrt erhalten und wollte in die Station einfahren, als auf einem Nebenleis sich der Zusammenstoß zweier Güterzüge ereignete. Zwei Waggons wurden auf das Gleis des Bozortzuges geworfen, ein größeres Unglück wäre unabweislich gewesen, wenn nicht durch die Geistesgegenwart des Lokomotivführers der Bozortzug sofort zum Stehen gebracht worden wäre. Die Reisenden wurden nach Berlin zurückbefördert und konnten erst, nachdem sie einen anderen Zug bestiegen hatten, die Fahrt fortsetzen. Der Materialschaden ist bedeutend, ein Hilfszug, der nachts um zwei Uhr telephonisch verlangt wurde, ging sofort nach der Unfallstelle ab.

Der gestrige Berliner Viehmarkt hat unter den Folgen des Zusammenstoßes zweier Güterzüge bei Blankenburg ernsthafte Störungen erfahren. 4500 Schweine und 500 Kälber, welche mit diesen Tieren befördert wurden, konnten bis zur Marktfahrt nicht herangebracht werden.

Eine wesentliche Herabminderung der durch Funkenauswurf herbeigeführten Wald- und Feldbrände an den Eisenbahnstrecken ist in diesen Jahre zu verzeichnen. Es ist dies eine erfreuliche Wirkung der von dem Eisenbahnministerium erlassenen Schutzbestimmungen, die im wesentlichen darauf hinausgehen, daß Wöschungbrände an der Bahn, sobald sie von dem Personal entdeckt werden, sofort zu löschen sind, sowie der ausgedehnten Ausbreitung der Säugstrecken, die an allen gefährdeten Stellen längs der gesamten Eisenbahnstrecken des preussischen Eisenbahngebietes angelegt sind.

Gemeinsam abgestürzt sind beim Verlassen eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens der Geometer Rohland, Bruchsalstraße 15 und der Ingenieur Stark, Ansbacherstraße 30 wohnhaft. Die beiden Herren hatten bei einer Fahrt vom Leipziger Platz sich auf die Vorderplattform des Straßenbahnwagens Nr. 2703 der Linie 78 gestellt und wollten den Waggon an der Ecke der Hlbrand- und Pariserstraße verlassen. W. wollte nicht bis zur Haltestelle warten, sprang von dem noch in voller Fahrt befindlichen Waggon ab und blieb neben demselben auf dem Straßenpflaster liegen. St., der den Unfall nicht bemerkt hatte, verließ in demselben Moment den Waggon und stürzte ebenfalls zu Boden. Der Geometer erlitt eine tiefe Fleischwunde am rechten Fuße und Kontusionen an beiden Beinen, Stark eine Kopfverletzung, sowie Abschürfungen im Gesicht. Beide wurden mittels Droschkeln nach der Unfallstation gebracht und von dort nach ihren Wohnungen übergeführt.

Ein anderer Verkehrsunfall hat sich gestern morgen in der Großbeerenstraße zugetragen. Als der Arbeiter Franz Kaiser den Fahrradweg kreuzte, um in die Tellowerstraße zu gelangen, wurde er von einem vorüberfahrenden Schlächtermwagen umgerissen, unter die Räder gefahren und überfahren. A. trug an beiden Unterschenkeln komplizierte Brüche davon und wurde nach Anlegung von Nothverbanden auf der Unfallstation I nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Ueber den Wert eines Menschenlebens gehen die Meinungen stark auseinander. Lebensversicherungsgesellschaften wissen davon zu erzählen, daß manchmal einer, der unter Brüdern keinen Schuß Pulver wert ist, nach seinem Tode mit etlichen hunderttausend Mark bezahlt werden will. Dagegen ist nicht selten von Leuten, die mal einen Mitmenschen aus Lebensgefahr retteten, die Erfahrung gemacht worden, daß der Gerettete, wenn er seinen Dank in klingender Münze abstatte, so sollen glaubte, sich überaus niedrig einschätzte. Eine Lebensversicherung dieser Art soll einem Ringkämpfer und Athleten namens Edmund Prädigt zuteil geworden sein, der vor einigen Wochen auf dem Wannsee an einem und demselben Tage gleich zwei Rettungswerte vollbracht und dabei vier Menschen vor dem Tode des Ertrinkens bewahrt hatte. Erst fischte er einen Lebensmüden auf und brachte ihn trotz verzweifelter Gegenwehr glücklich ans Land. Und nachher zog er drei Segler aus dem Wasser, die in einem Gewittersturm mit ihrem Boot gelentert waren. Freunde des Retters haben uns mitgeteilt, daß er von der Mutter des Lebensmüden, einer in Wannsee wohnenden Frau M., zwei Mark erhalten habe. Die Errettung der drei Segler, unter denen sich ein gleichfalls in Wannsee wohnender Herr von H. befand, soll dem Retter mit einem Jahresmarktschilling bezahlt worden sein. Speziell dieser zweite Fall hat den Athleten verblüfft. Er hatte die drei Herren für ganz besonders wertvolle Exemplare der Spiegel-Mensch gehalten, und in zweien von ihnen vermutete er sogar Offiziere. Aber auch sie haben das Verdienst, sie der Welt erhalten zu haben, nur sehr gering geschätzt.

Eine schwere Benzolexplosion erfolgte gestern nachmittags im neuerbauten Wichow-Krankenhaus. In einem der Krankenpavillons waren mehrere Arbeiter mit dem Legen von Leitungsröhren beschäftigt. In der Nähe des Lötlöfens stand ein großer Behälter mit Benzol, der durch das nahe Feuer so stark angewärmt wurde, daß er plötzlich zur Explosion kam. Die Stöße trafen die Kleidung des in der Nähe stehenden Rohrlegers Klemens David aus der Lychnersstr. 16. Bevor es den hinzuströmenden Arbeitssollen gelang, die Flammen an D. zu erlöschen, hatte der Bedauernswerte so schwere Brandwunden erlitten, daß er in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus Westend eingeliefert werden mußte.

Ertrunken.

In einem Regenfaß ertrunken. Einen grausamen Tod hat die vierjährige Tochter Charlotte des Malers Jäger aus der Sophie-Charlottenstr. 80 gefunden. Die Kleine hatte sich auf einem Laubengrundstück in der Nähe der elterlichen Wohnung herumgetummelt, war dabei an ein hochgefülltes Regenfaß herangeklettert und kopfsüß hineingefallen. Als man den Unfall bemerkte und das Kind aus seiner entsetzlichen Lage befreien wollte, war es bereits zu spät. Das bedauernswerte Geschöpf konnte nur noch als Leiche aus dem Regenfaß hervorgeholt werden.

Beim Baden ertrank der 13-jährige Schüler Hermann Kroll aus der Ballstr. 102. Der Knabe hatte am Samstag an der Einmündung des Schiffahrtskanals in die Spree ein Bad genommen und sich unvorsichtigerweise weit in das Wasser hinausgewagt. Als ein Schleppdampfer vorüberfuhr, geriet A. mitten in den Wellengang hinein und vergeblich versuchte er, sich an der Oberfläche zu halten. Er sank schließlich unter und ertrank.

Auf der Maschine ohnmächtig geworden. In großer Aufregung wurden vorgestern die Passagiere des um 1,51 Uhr mittags in Breslau fälligen Berliner Schnellzuges veretzt, als der Train auf offener Strecke vor der Station Reumarkt durch Rostsignal zum Stehen gebracht wurde. Das Bahnpersonal lief von Coupé zu Coupé, um sich zu erkundigen, ob nicht zufälligerweise ein Arzt im Zuge sei, was nicht der Fall war. Wie sich herausstellte, war der Lokomotivführer der Leitmaschine des mit zwei Lokomotiven versehenen Zuges plötzlich ohnmächtig zusammengebrochen, worauf der Feizer den Train durch Anwendung der Notbremse zum Stehen brachte. Da es nicht gelang, den Erkrankten ins Leben zurückzuführen, mußte der Führer der zweiten Maschine die Leitlokomotive übernehmen und den Zug bis Breslau fahren, woselbst der erkrankte Beamte sofort nach einem Krankenhaus übergeführt wurde.

Bei einem Rettungswert schwer verletzt wurde der Arbeiter Albert, welcher beim Löschen der Schiffsladung eines am Charlottenburger Ufer liegenden Lastfahns beschäftigt war. A. bemerkte, wie von einem vorbeifahrenden Bilde ein Schiffersknecht abstürzte und anscheinend des Schwimmens unfähig, sofort in den Fluten versank. A. sprang dem Ertrinkenden nach, und es gelang ihm auch, den Schiffer zu erfassen und ihn mit der linken Hand haltend, nach dem Ufer zu schwimmen. Von benachbarten Jillen aus wollte man dem Arbeiter Hilfe leisten, und es wurden dem Schwimmenden Stufen entgegengebracht, um ihn so an das Ufer heranzuziehen zu können. Durch die Ungeschicklichkeit eines Schiffers wurde A. von dem scharfen Eisen einer Stange getroffen, deren Spitze ihm in den

Hals drang und das Fleisch fast bis zum Schulterknochen aufriß. Der Arbeiter mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der verunglückte Schiffer, der bereits besinnungslos war, konnte wieder in das Leben zurückgerufen werden.

Feuerwehrbericht. Gestern früh kam um 7 1/2 Uhr in der Urbanstraße 102 aus unbekannter Ursache in einer Tischlerei Feuer aus. Der 11. Zug war schnell zur Stelle und es gelang durch kräftiges Wassergeben die Gefahr auf die Tischlerei zu beschränken. Gleichzeitig hatte der 5. Zug in der Köpenickerstr. 5 zu tun, wo in einem Keller Feuer ausgekommen war. Dort stand der Röhrraum einer Schlächterei in Flammen, die Schaldecken u. a. erfaßt hatten, so daß kräftig Wasser gegeben werden mußte. Wegen eines Brandes, der in einem Schuppen ausgekommen war, wurde der 8. Zug nach der Raumbstr. 21 alarmiert; Kohlen hatten sich dort entzündet. An der Ecke der König- und Klosterstraße mußte die Feuerwehr einen Waggon, der dort zusammengebrochen war und den Verkehr hinderte, beseitigen. Ferner lief ein Alarm aus der Verklängenstr. 5 ein. Als die Berliner Feuerwehr dort ankam, war die Charlottenburger schon zur Stelle und keine Gefahr mehr vorhanden. Außerdem liefen noch Feuermeldungen aus der Schwedterstraße und anderen Orten ein.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Beim Spielen verunglückt ist die elfjährige Tochter des Schuhmachers Ernst Behmann aus der Rogatzstr. 31. Das Kind befand sich auf dem gegenüberliegenden Grundstück und wurde von dem 1 1/2 Meter hohen Zaun, den Anaben durch Anrennen umgestoßen hatten, erfaßt, so daß das Mädchen darunter zu liegen kam. Erst nach längerer Zeit wurde es aus der bedrängten Lage befreit. Die Verunglückte hatte einen Oberschenkelbruch davongetragen und wurde nach Anlegung eines Rotverbandes nach dem Krankenhaus übergeführt.

Schöneberg.

Die neue Gemeindevählerliste in Schöneberg liegt in diesem Jahre vom

15. bis 30. August

aus und es dürfte notwendig sein, daß sich unsere Parteigenossen die Einsichtnahme recht angelegen sein lassen.

Die Liste bildet wiederum eine deutliche Illustrierung unseres Dreiklassenwahlrechts. In Schöneberg sind 24 207 wahlberechtigte Personen vorhanden, und zwar entfallen deren auf die erste Abteilung 731 Wähler, auf die zweite 3844 und in der dritten Abteilung sind 19 632 Wähler untergebracht. Es haben also die 731 Wähler der ersten Abteilung genau soviel Rechte, wie die 19 632 Wähler der dritten Abteilung. Die Zahl der eingeschriebenen Wähler ist gegenüber dem Vorjahre um 2250 gestiegen; dieses Mehr an Wählern fällt fast ganz auf die dritte Abteilung; in der zweiten Abteilung ist die Wählerzahl sogar um etwas zurückgegangen. — Von den Wählern werden insgesamt 3 915 876 M. Steuern aufgebracht, 387 536 M. mehr als im Vorjahre. Im Durchschnitt entfallen auf jeden Wähler 161,77 M. Steuern, gegen 160,74 M. im vergangenen Jahre. Der Durchschnittssatz in der ersten Abteilung beträgt 2146,10 M., in der zweiten 407,80 M. und in der dritten 39,70 M. Der höchstbesteuerter Wähler Schönebergs hat 56 143 M. an Steuern zu entrichten. Zur dritten Abteilung gehören alle, die weniger als 171 M. Steuern bezahlen, die zweite Abteilung vereinigt die Wähler mit einem Steuerjahre von 171,20 M. bis 1013 M., die übrigen wählen in der ersten Abteilung. Die niedrigsten Steuerjahre in der ersten und zweiten Abteilung sind höhere geworden wie im Vorjahre. Daß dieses „Wahlrecht“, das einem Wähler der ersten Abteilung soviel Rechte einräumt wie 27 Wählern der dritten Abteilung, ein Klassenwahlrecht schlimmster Art ist und nur dem Selbst die Mehrheit sichert, bedarf nach alledem keines weiteren Nachweises.

Steglitz.

Die Jugendorganisation hat auch in Steglitz bereits erfolgreiche Fortschritte gemacht und, wie allenthalben, so sind auch hier die verdienstlichen Spieker auf dem Plan erschienen, um derselben das Lebenslicht auszublasen. Die Mittel, welche hierbei angewendet werden, sind bekannt. Einem nicht in patriotischem Geiste stehenden Verein wird in der Regel mit keinsinnigen Schläfen begegnet, worunter sich zumeist die Unterbindung der Versammlungsfreiheit befindet. So wurde am 20. März eine zum nächsten Tag vom Lehrlingsverein anberaumte Versammlung vom Amtsvorsteher verboten. Einer hierauf beim Landrat eingelegten Beschwerde wurde die Antwort, daß die Beschwerde nicht innegehalten worden sei — eine Antwort, die nur bestatigte, welches Unrecht man dem Verein zugefügt hatte. Trotzdem nun keinerlei Gründe für das Vorgehen des Amtsvorstehers ins Feld geführt werden konnten, sollte man annehmen, daß derselbe wegen seines Vorgehens einen Verweis erhalten hätte, das scheint jedoch nicht der Fall gewesen zu sein — denn am vergangenen Sonnabend wurde abermals die Vereinsversammlung verboten. Daß auf diesem Verbot keinerlei Begründung beigelegt worden ist, charakterisiert das Versammlungsverbot ganz besonders.

Auch hiergegen ist beim Landrat sofort Beschwerde eingelegt worden. Daß durch solche Maßnahmen die Jugendorganisation verhindert wird, ist nicht zu bestreiten; gewaltiger denn je wird sie sich entwickeln, und der Steglitzer Amtsvorsteher Arm in Arm mit dem Rektor Steine werden zu einem Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft!

Adlershof.

In der letzten Gemeindevortersitzung wurde beschlossen, zur weiteren Ausfüllung der Kanalisationsarbeiten 35 000 M. als Anleihe bei der Kreissparkasse zu erheben. Auf Antrag der Firma Wolf, Ketter u. Jacobi soll die Kanalisation auch auf das dieser Firma gehörige Terrain der verlängerten Noltestraße ausgedehnt werden. Ein Teil des Regenwasserentwässerungsprojektes soll jetzt schon bei der Reuanlegung der Straßen auf dem Bodenstedischen Terrain an der Sedanstraße und dem Treitelischen Terrain zur Ausführung gelangen, und zwar soll die Wismarstraße vom Abgerüst bis zur Friedenstraße in die Entwässerung einbezogen werden. Vor der Beratung des jetzigen Etats hatte die Schuldeputation beantragt, das Grundgehalt der Rektoren von 1800 M. auf 2000 M. zu erhöhen, während dem anderen Lehrpersonal das Grundgehalt von 1350 M. verbleiben sollte. Schon damals wandten sich unsere Vertreter dagegen, daß nur das Grundgehalt der Rektoren eine Erhöhung erfahren sollte und zwar in der Annahme, daß bei einer nur teilweisen Erhöhung des Grundgehaltes, die Lehrerschaft niemals bei den bürgerlichen Vertretern für eine Erhöhung ihres Grundgehaltes ein geeignetes Ohr finden würde. Jetzt, in der Ferienzeit, scheint die Schuldeputation sich in dem Glauben zu befinden, besseres Wetter für ihren Antrag zu haben, da sich besamtlich in dieser Zeit immer einige bürgerliche Vertreter in der Sommerfrische befinden, wodurch eine Verdrängung der Majorität herbeigeführt wird und so stand denn auch in der letzten Sitzung der Antrag erneut auf der Tagesordnung. Trotzdem einige Gegner dieses Antrages fehlten, wurde dennoch die Vertagung des Antrages bis Oktober d. J. durchgeführt. Die Regulierungs- und Pflasterungsarbeiten der Auguste Viktoriastraße, Waldstraße, Nolte-

straße, Moonstraße, Kridtstraße und Handjerkstraße wurden auf 885 000 M. festgesetzt und wird dieser Betrag auf die Anlieger der Straßen verteilt.

Gerichts-Zeitung.

Ein Wäfling.

Zur Warnung der Eltern kann folgender Straffall dienen, der gestern die Ferienstrammer des Landgerichts III beschäftigte. Wegen Verbrechen wider die Sittlichkeit war der frühere Garderobier jetzige Fahrstuhlführer Richard Schulz angeklagt. — Vor einigen Monaten wurde der 19jährige Schüler R. mit dem Angeklagten, der ihn unter den Linden an sprach, bekannt. Es entwickelte sich, trotz des großen Altersunterschiedes eine Art freundschaftliches Verhältnis zwischen dem 20jährigen Angeklagten und dem kleinen R. Dieser erzählte auch ruhig seinen Eltern von seinem neuen „Freunde“. Nach einigen Tagen versprach der Angeklagte dem Knaben, er wolle ihm eine besondere Freude bereiten und ihn ins Kanoptikum führen. Schon dort fiel verschiedenen Personen das eigenartige Wesen des Angeklagten auf. Das ungleiche Paar fuhr dann nach Halensee hinaus, um noch eine kleine Landpartie zu unternehmen. Auf dem Wege durch den Grunewald überfiel S. plötzlich den Knaben, warf ihn zu Boden und verging sich an ihm in der schrecklichsten Weise. Die Häuferte des bedauernswerten Knaben erstreckte der Unhold mit einem Taschentuch. Schließlich ließ der Angeklagte den Bewußtlosen liegen und ergriß die Flucht. Erst später gelang es, den gemeingefährlichen Wäfling in der Person des Angeklagten zu ermitteln und festzunehmen. — Der Vertreter der Anklagebehörde beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Der Gerichtshof unter Vorsitz des Landgerichtsrates Neuter ging jedoch von der Ansicht aus, daß derartige Straftaten, die häufig genug das erste Stadium eines Lustmordes darstellen, eine ganz exemplarische Sühne finden müssen. Die Strafammer ging deshalb erheblich über den Antrag des Staatsanwaltes hinaus und erkannte auf sechs Monate Gefängnis sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren.

Reinen Lohn und dazu noch Gefängnis.

Wegen angeblicher Freiheitsberaubung und Körperverletzung ist am 20. Januar vom Landgericht Weimar der Schlosser Hermann K. in Stützerbach zu 3 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Zu Pfingsten v. J. entstanden zwischen dem Schlossermeister S. in Roda und seinen Arbeitern Differenzen, weil S. seinen Leuten den ihnen zukommenden Lohn nicht zahlte. Als sich die Aufregung steigerte, erklärte S., man solle ihn hinauslassen, er wolle noch Geld holen. Man ließ ihn aber nicht hinaus in dem Glauben, daß er noch im Besitz von Geld sei, es aber nicht hergeben wolle. Alle Arbeiter stürmten nun auf ihn ein, namentlich auch A., drängten ihn in ein Nebenzimmer und verlangten ihr Geld. Sämtliche Ausgänge aus dem Gasthause, in welchem der Vorkauf sich ereignete, waren besetzt. S. blieb mindestens 1—2 Stunden eingesperrt. Dem A. wurde außerdem noch die Mißhandlung eines anderen vorgeworfen. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Das ist auch ein Urteil, das dem Volk die jetzige Klagengehung nicht schmackhafter machen wird. Weil die Arbeiter ihren wohlverdienten Lohn verlangen und ihren Schulden nicht ohne weiteres unter einem Vorwande entweichen können, müssen sie noch auf Monate ins Gefängnis. Man wird auch kaum überall verstehen, daß das Gericht zum Schutze eines Schwindelunternehmers auf eine so harte Strafe erkannte und dem angeklagten Arbeiter nicht die begleitenden Umstände als erheblich mildernd anrechnete.

Der angeklagte Samariter.

Essen, 7. August.

Ist das Verbinden verletzter Personen seitens eines Polizeibeamten eine Amtshandlung anzusehen oder nicht? Mit dieser Frage hatte sich die Essener Ferienstrammer zu beschäftigen. Auf der Anklagebank nahm Platz der Polizeiergeant Hermann Vettien aus Essen. Ihm war zur Last gelegt, als Beamter für eine in sein Amt einschlagende Handlung Gesandte angenommen zu haben. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Am Abend des 16. Februar v. J. wurde der Handwerker mit einer blutenden Kopfwunde zur Wache gebracht. Die Wunde wurde dem Verletzten verbunden und dieser soll dem Vettien hierfür 3 M. in die Hand gedrückt haben. Der Polizeiergeant Schulz, der diesen Vorfall mit angesehen haben will, machte später gesprächsweise seinem vorgesetzten Wachtmeister hiervon Mitteilung, worauf dieser die Anzeige gegen Vettien erstattete. Der Angeklagte erklärte, nicht schuldig zu sein; er behauptet, er habe sich bei dem Verbinden weder aktiv noch passiv beteiligt, auch sei ihm ein Geldstück nicht gegeben worden. Eine Dienstpflicht wäre das Verbinden aber keineswegs gewesen, da dieses Sache der Wachthabenden sei. Der Vorsitzende richtete an den Angeklagten die Frage, ob er sich für besetzt gehalten hätte, unter diesen Umständen ein Tringfeld anzunehmen. Angekl.: Jawohl, wenn mir der Verletzte etwas gegeben hätte, würde ich es angenommen haben; ich halte das keineswegs für strafbar. Staatsanwalt: Vielleicht äußert sich der Angeklagte, weshalb er sich dazu besetzt gehalten? Angekl.: Das Verbinden und Abwaschen ist nicht Sache der Polizeibeamten, sondern des Arztes. Man tut das schon aus reiner Menschlichkeit. Wir Beamten haben nur die Verpflichtung, einen Arzt herbeizuholen. — Als erster Zeuge wurde der Händler Veel vernommen. V. will nicht wissen, daß er einem Beamten ein Geldstück gegeben habe. Auf Antrag des Staatsanwaltes wurde von der Verdächtigung dieses Zeugen wegen Verdachts der Beamtenbestechung (1) Abstand genommen. — Zeuge Polizeiergeant Schulz bekundet: Nachdem Herr Veel verbunden war, stand er an dem Tisch. Ich stand kurz daneben. V. öffnete sein Portemonnaie, sah nach Geld und reichte es Vettien in die Hand. Dieser besah es und steckte es in die Tasche. — Verteidiger Dr. Riemeyer: Zu welchem Zwecke haben Sie die Anzeige erstattet? — Zeuge: Ich habe keine Anzeige erstattet, ich habe nur dem Wachtmeister gesprächsweise davon Mitteilung gemacht; gedacht habe ich mir nichts dabei. — Nach Schluß der Beweisaufnahme hielt der Staatsanwalt für nachgewiesen, daß der Angeklagte sich an dem Verbinden des Veel beteiligt und ein Geldstück empfangen habe. In dem Verbinden liegt aber eine Amtshandlung und der Angeklagte müsse bestraft werden. Unter Berücksichtigung aller Umstände bitte er aber von einer Gefängnisstrafe abzusehen, er beantrage eine Geldstrafe von 20 M. — Der Verteidiger bat, den Angeklagten aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen freizusprechen. Erstens sei keines Crachtens nicht erwiesen, daß Vettien sich an dem Verbinden beteiligt und daß er Geld empfangen habe; aber angenommen, es wäre der Fall, so sei das Verbinden absolut keine ins Amt einschlagende Handlung, und schon aus diesem Grunde könne er nicht verurteilt werden. Das Gericht war der Ansicht, daß Vettien tatsächlich ein Geldstück angenommen habe, hielt aber ebenfalls nicht für nachgewiesen, daß der Beamte dieses Geld für eine in sein Amt einschlagende Handlung empfangen habe und erkannte deshalb auf Freisprechung.

Aus dieser hochnotpeinlichen Verhandlung kann man ersehen, daß ein Schuhmann leichter auf die Anklagebank kommen kann, wenn er Wunden verbindet, als wenn er „von der Dienstwaffe Gebrauch“ macht. Im übrigen ist uns bekannt, daß in besonderen Fällen Industrielle Laufende von Markt an die Polizeibehörden geben und diese das Geld anstandslos an die Beamten verteilt haben. Immer handelt es sich dabei um eine Mobilmachung der Schuhmannschaft gegen die Arbeiterschaft, allerdings nicht zwecks Ausübung von Samariterdiensten.

Vermischtes.

Ein bayerischer Offiziersskandal.

„Aus einer großen Garnison“ (München?) erzählt die „Münchener Post“ folgende Skandalgeschichte:

Verantwortl. Redakteur: Carl Bernuth, Berlin-Rixdorf. Für den

Die Helden des Romans sind feudale Offiziere, die nicht nur hervorragende Kavalleristen, sondern auch erstklassige Wesselschreiber sind. Der Hauptheld, Freiherr v. Horn, hat als Rittmeister um das Jahr 1900 herum außer seinem Jahreseinkommen von 5000 M. und dem Zuschusse seines Schwiegervaters von 10 000 M. pro Jahr kein Vermögen mehr, dafür aber sehr kostspielige Reigungen, zu deren Befriedigung er im Laufe von 18 Monaten etwa eine halbe Million Mark Schulden macht. Der vollständig vermögenslose Oberleutnant Böd, der auf das Gehalt als Oberleutnant und auf einen monatlichen Zuschuß seines Schwiegervaters von 500 M. angewiesen ist, bringt es in 14 Monaten auf eineinhalb Millionen Mark Schulden. Der Oberleutnant v. Bomhard hat neben seiner Gage einen Zuschuß von 1000 M. pro Monat und der Oberleutnant Freiherr v. Thüngen neben der Gage eine Jahresrente von 30 000 M. zur Verfügung. Die beiden Kavaliere verstehen es, innerhalb 19 Monaten eine Schuldenlast von etwas über eine halbe Million Mark zu kontrahieren. Um sich Geld zu verschaffen, greifen die Offiziere zu den verzweifeltsten Mitteln. Sogar durch falsche Kopierregelungen wissen sie sich Kredit zu verschaffen. Als fünfter im Bunde gibt der Rittmeister v. Milani, der selbst nur über sein Gehalt und eine kleine Revenue verfügt, für seine Kameraden v. Horn und Böd in 15 Monaten über 100 000 M. Gefälligkeitswechsel. Alle Unterhändler, die sich mit der Vermittlung von Geld befassen, werden von den ergränzten Offizieren auf die Beine gebracht, um gegen Wechsel, die sie sich gegenseitig ausstellen, die nötigen Mittel zu einem sehr üppigen Leben flüssig zu machen. Sie nehmen alles, Bargeld, Wertpapiere und Hypotheken. Ist auf diese Weise Geld nicht mehr aufzutreiben, so lassen sie durch ihre Vermittler Juwelen, Silber, Pferde, Wagen, Sekt, Flaschenweine, Brauereimaschinen, Möbel, Gewehre, Fahrräder usw. gegen Wechsel kaufen und sofort wieder verlaufen oder verkaufen. Güter, Häuser, Villen, Terrains usw. werden — sogar im Auslande — gekauft, um entweder durch Aufnahme von Hypotheken oder durch Mietsgineinnahmen Geld zu bekommen. Der Zusammenbruch bleibt natürlich nicht aus. Rittmeister v. Horn geht flüchtig. Damit ist der Stein ins Rollen gekommen. Nach einigen Irrfahrten kehrt der Flüchtling wieder zurück. Wegen Wechselfälschungen und Sittlichkeitsverbrechen wird v. Horn zu mehrjährigem Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere kriegsgerichtlich verurteilt. Die Zuchthausstrafe wird durch die Gnade des Landesherren in Gefängnisstrafe umgewandelt. Oberleutnant Böd wird verabschiedet. Die Oberleutnants v. Bomhard und Freiherr v. Thüngen, denen mit Hilfe ihrer reichen Verwandten ein Arrangement gelingt, bleiben der Armee erhalten. Rittmeister v. Milani ist nicht in der Lage, seine Wechselverbindlichkeiten zu erfüllen und leistet in Paradeuniform den Offenbarungseid. Auch er ist noch aktiv. Einer Strafanzeige gegen die Offiziere wegen Betruges wird von der Staatsanwaltschaft aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht stattgegeben. Das letzte Kapitel des Romans bildet ein großer Zuckerprozeß. Auf der Anklagebank sitzen ein bekannter Arzt mit Namen Dr. Hofbrühl und 19 Genossen. Unter diesen befinden sich ebenfalls drei ehemalige Offiziere, ein Rechtsanwalt und zwei Mitglieder der ritterlichen Familie v. Kaffel. Am Zeugenstand erscheinen unter anderem Offiziere, Rechtsanwälte und ein Reichsrat der Krone Bayerns.

Die „altpreussische Einfachheit“ der Lebensführung der Offiziere scheint danach auch in Bayern immer seltener zu werden. —

Eine byzantinische Missetat. In einer Nummer der „Gronauer Nachr.“ heißt es: „Stadtslohn. Am Montagmittag gegen 12 Uhr trafen Se. Durchlaucht der Erbprinz Emanuel v. Salm-Salm mit allerhöchster seiner Gemahlin Christina geborenen Erzherzogin von Oesterreich nebst Prinzessinnen-Nichten, von Schloß Rheda kommend, mit seinem auf das feinste und eleganteste eingerichteten (1) Automobil hier ein. Die allerhöchsten Herrschaften verweilten für die Zeit ihres Aufenthaltes im Hotel Sonntag, wo sie die Damen des Hauses durch längere, in leutseligster Weise geführte Unterhaltungen auszeichneten. Während allerhöchster ihres Aufenthaltes nahmen höchst dieselben im Hotel Sonntag nach vorausgegangenem Frühstück mittags ein solennes Dinner ein und sprachen sich über die Vorzüglichkeit der verabreichten Speisen und Getränke in huldvollster Weise aus.“ Selbst dem „Vörlin-Courier“, dem wir die Mitteilung entnehmen, ist das zu viel. Denn er bemerkt bisshin dazu: „Vielleicht hat sich dieser hiedere Berichterstatter, den wir wohl nicht ohne Grund in dem Birt des vielbesetzten Hotels vermuten, einige Speisereste von der allerhöchsten Tafel in unterirdischer Weise zu retten gemußt, um sie fortan als Reliquien aufzubewahren!“

Zum Untergang des „Sirio“ wird amtlich bekanntgegeben, daß 323 Personen vernicht werden, unter ihnen 14 Matrosen.

Im spanischen Ministerium wurde gestern die „Sirio“-Katastrophe besprochen und beschlossen, obgleich das Befehl den Ministerat hierzu nicht ermächtigt, die notwendigen Mittel für die Ueberlebenden zur Verfügung zu stellen. Alle Geretteten sollen neue Kleidung und Eisenbahnbillets zu ihrer Heimreise erhalten. Die spanische Presse läßt immer mehr durchblicken, daß der Kapitän des „Sirio“ die Katastrophe verschuldet habe.

Tugendhelden.

Saloniki, 8. August. Zwischen griechischen und russischen Mönchen des Klosters Stavronikitas auf Athos kam es zu größeren Schlägereien. Ein Russe wurde schwer verletzt, mehrere Griechen leichter. Die Griechen wollten die Russen aus ihren Zellen herausdrängen. (Ref. Hg.)

Bergsturz.

Starus, 8. August. Beim Abstieg vom Loedi wurden fünf Touristen an der sogenannten durch den fetten Stein Schlag herabstürzten gelben Wand von einem heftigen Stein- und Eisfagel überascht und in den Gletschergrund geschleudert. Einer der Verunglückten, ein Goldschmied, ist tot, ein anderer ist schwer und die übrigen leicht verletzt.

Die Hitze in Amerika

hält, wie aus New York berichtet wird, an. Am Dienstag mittag waren wieder 98 Grad Fahrenheit im Schatten. 80 Todesfälle waren zu verzeichnen. Die Polizei gestattete der Bevölkerung, in Wadelleidern in den Parks zu schlafen. In Washington steht das Thermometer sogar auf 103 Grad, ebenso in Philadelphia. In den Hospitälern New Yorks wurden heute morgen 2000 infolge der Hitze erkrankte Personen eingeliefert. Allein in Brooklyn wurde die Polizei zur Wegschaffung der Kadaver von 52 Pferden und 210 Katzen und Hunden, die infolge Hitzschlages auf der Straße verendet, in Anspruch genommen. Die Gesundheitsbehörde der Stadt New York ordnete die Vernichtung von 150 000 Quert infolge der Hitze verdorbener Milch an. Es herrscht in der Stadt Misanthot, so daß die kleinen Kinder doppelt zu leiden haben.

New York, 8. August. Gestern wurden in New York um Mitternacht 27 Grad und mittags 36 1/2 Grad Hitze im Schatten verzeichnet, in Washington 40 Grad. In Brooklyn wurden 250 tote Katzen und Pferde auf den Straßen aufgefunden. Die Feuerwehre bespritzt auf den Straßen alle Pferde und Hunde.

Ueberschwemmungen in Texas.

St. Louis. Ein Telegramm aus Fort Worth in Texas berichtet über Ueberschwemmungen in Süd-Texas. 25 Personen seien ertrunken, hunderte obdachlos. Der Schaden an Grundeigentum wird auf 500 000 Dollar geschätzt. Die Hüllsäge vermögen nicht ihren Bestimmungsort zu erreichen, der Telegraphen- und Telephonbetrieb ist gestört.

Richtung, Preisen und Gehältern! Dessenillische Versammlung Rente Friedrichstraße 35. Tagesordnung: Der geistliche Schatz an den drei Feiertagen und der Akhatschadenshah Referent: Hr. Salorn-Hamburg. Die Mitgliederversammlungen in Charlottenburg und Rixdorf sollen aus.

Inferatenteil veranlt.: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts

Berein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Rixdorf-Brig.

Donnerstag, den 12. August, nachmittags von 4—6 Uhr, Druckmaschinen-Ausstellung im Restaurant von H. Schneider, Karlsplatzstr. 2.

Berein ehemaliger Gütergänger und Bucher zur Belämpfung der Luderholze. 9 Uhr, im Musikhaus, Kaiser Wilhelmstr. 18 m.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perückenmacher-gehilfen Berlins. Donnerstag, den 9. d. M., abends 10 Uhr, findet im Lokale Schillingstraße 39 eine außerordentliche Versammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, hierzu recht pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Die Ortsverwaltungen Berlin und der Vororte der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler (E. H. Nr. 3 zu Hamburg) versammeln sich am Freitag, den 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 7.

Leie- und Diskursklub „Korben“. Am 10. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Korf, Wilhelmstraße 18, Sitzung. Tagesordnung: Besprechung des Lokales. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. Pünktliches und regelmäßiges Erscheinen ist Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

Rixdorf, N. W. 1000. Die Rindigung ist unserer Ansicht nach mickam; die Gerichte schwanken aber in ihrer Auffassung. Jederfall hätte der Birt die Rindigung ohne Verzag zurückweisen müssen. Lassen Sie es darauf ankommen. — G. S. 200. Es kommt darauf an, wo und unter welchen Umständen das Holz genommen ist. Sie müssen schriftlich genau schildern oder in die Sprechstunde kommen. — Hermann 52. Wenn Ihr Einkommen die steuerpflichtige Höhe erreicht, müssen Sie Steuern zahlen. — J. D., Kamlerstraße. Ihre Anfrage ist nicht klar. Kommen Sie mit allen Papieren zur Sprechstunde. — R. W. 32. Es kommt darauf an, ob der Juchsenmeister in Ihrem Fall im Sinne der Rechtsprechung selbständiger Unternehmer war, was nach Ihrer Darstellung unklar bleibt. Kommen Sie in die Sprechstunde. Zuständig sind jedenfalls das Gewerbegericht.

— G. 100. Ob Sie von Ihrer Frau getrennt leben dürfen oder Ihre Frau von Ihnen, hängt davon ab, weshalb Sie getrennt leben; das müssen Sie mitteilen. Die Kinder dürfen Sie jedenfalls leben. — Durch das neue Militär-Pensionsgesetz ist für Ihre Sache nichts geändert.

— J. S. 99. Ist nicht verjährt. Sie brauchen nicht zu zahlen. Sie protestieren gegen eine etwaige Pfändung und erheben erforderlichenfalls Interventionsklage beim Amtsgericht. — G. W. 36. Angehenden müßten Sie in Summi nochmals bezahlen. Fragen Sie am besten beim Landrat oder Untervorsteher an. — R. alle, Rixdorf, Wainzerstr. 57. Wenn der Schwager höchstens 300 Mark an Grund der Versicherungspflicht gefest hat, steht ihm Invalidenrente zu. Die Ehefrau kann, aber braucht nicht als Pfleger bestellt zu werden. Die Rente erhält der Pfleger aus-gegahlt, der sie pflichtgemäß auch für die Familie zu verwenden hat.

— J. W. 60. Sie müssen das Band gegen Zahlung der 15 M. zurückgeben. — R. S. 26. Der Spektateur hatstet nicht, wenn der Schaden durch höhere Gewalt verursacht ist. Es kommt also darauf an, wie der Unfall passiert ist. Wenn Sie das wissen, schreiben Sie es uns genau. Sonst verlangen Sie vom Spektateur eine genaue Schilderung des Vorganges und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.

— P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit. — P. 51. Wenn Sie nicht wählen, und teilen Sie uns diese dann mit.